



# Protokoll

## VI. Ordentlicher Delegiertentag

**25. März 1994**

**Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation**

**Veranstaltungsort:**

**Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten  
1020 Wien, Friedrich Hillegeist-Straße 1**



## WIR DANKEN ...

DER  
PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT  
DER ANGESTELLTEN  
FÜR DIE ÜBERLASSUNG DER  
TAGUNGSRÄUMLICHKEITEN  
UND  
DEM PERSONAL DER PVANG  
FÜR DIE BESONDERE GASTFREUNDSCHAFT

DEM  
ST. LAZARUS HILFSWERK (LHW)  
FÜR DIE AUFMERKSAME  
BETREUUNG DER DELEGIERTEN

Dr. Klaus **Voget** e.h.  
Präsident

Dr. Karl **Dolezal** e.h. Dr. Heinz **Trompisch** e.h.  
Schriftführer Schriftführer



# Inhaltsübersicht

Seite

1 Eröffnung und Begrüßung:.....	4
2 Feststellung der Beschlußfähigkeit.....	4
3 Annahme von Tagesordnung, Geschäftsordnung und Protokoll 1991.....	4
4 Bestellung der Kommissionen.....	4
Unterbrechung des Delegiertentages	

## FESTVERANSTALTUNG

Begrüßung der Ehrengäste.....	5
-------------------------------	---

### Grußadressen:

<b>Obmann Hans Sallmutter</b> Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten.....	6
<b>Senatsrat Dr. Werner Pröbsting</b> in Vertretung von Frau Vizebürgermeisterin AmtsfStadtr <i>Ingrid Smejkal</i> .....	8
<b>Präsident Mag. Heinz Vogler</b> Bundesarbeitskammer (schriftl. Grußadresse).....	9
<b>Dr. Gottfried Feurstein</b> Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP).....	10
<b>Mag. Walter Guggenberger</b> Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ).....	12
<b>Volksanwältin HR Mag. Evelyn Messner</b> Volksanwaltschaft (schriftl. Grußadresse).....	14
<b>Sektionschef Dr. Gerd Gruber</b> in Vertretung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, <i>Josef Hesoun</i> .....	16
<b>Dr. Heinz Fischer</b> Erster Präsident des Nationalrates.....	19
<b>Bundespräsident Dr. Thomas Klestil</b> (schriftl. Grußadresse).....	22
<b>Dr. Klaus Voget, Präsident der ÖAR:</b> <b>"Retrospektive &amp; Visionen"</b> Tätigkeit und Ziele der ÖAR als Interessensvertretung der behinderten Menschen Österreichs .....	23

## Fortsetzung des Delegiertentages

5 Berichte:	
a) des Vorstandes (siehe auch "Tätigkeitsbericht 1991-1993").....	33
b) des Kassiers (Kassabericht) .....	40
c) der Kontrolle .....	39
6 Entlastung des Vorstandes .....	37
7 Neuwahl des Vorstandes und der Kontrolle.....	37
Der neugewählte Vorstand .....	38
8 Beschlußfassung über gestellte Anträge .....	42
Entschließungen des Delegiertentages.....	44
9 Schlußworte des neugewählten Präsidenten .....	47
ÖAR - Mitgliedsorganisationen.....	48



Impressum ..... 50



## Zur Tagesordnung:

### Feststellung der Beschlußfähigkeit:

Nach der offiziellen Eröffnung und Begrüßung wurde lt. Statuten eine halbe Stunde abgewartet, daher ist der Delegiertentag beschlußfähig.

### Annahme der Tagesordnung und der Geschäftsordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird, ebenso wie die Geschäftsordnung, einstimmig angenommen.

Das **Protokoll des letzten Delegiertentages** wurde allen Mitgliedsorganisationen zugestellt.

Es erfolgt kein Einspruch, daher gilt das Protokoll des V. Delegiertentages als angenommen.

### Bestellung der Kommissionen:

Für die  
**Mandatsprüfungskommission**  
werden vorgeschlagen:

Mag. Hartwig KORHAMMER  
Österreichischer Zivilinvalidenverband

Richard WEITHOFER  
Zentralorganisation der Kriegssopfer- und Behindertenverbände

Johann FUCHS  
Österreichischer Blindenverband

Dr. Heinz TROMPISCH\*)  
Lebenshilfe Dachverband

Mag. Benno TAPLER  
Balance

Maria SCHWEIZER  
Verband der Querschnittgelähmten Österreichs

Brigitte FRAGNER  
Hilfe für psychisch Erkrankte (HPE)

\*) wird durch die Kommission zu deren Vorsitzenden bzw. zum Sprecher bestellt.

Für die  
**Antragsprüfungskommission**  
werden vorgeschlagen:

Günter SCHLESER  
Österreichischer Zivilinvalidenverband

Willi-Klaus BENESCH\*)  
Zentralorganisation der Kriegssopfer- und Behindertenverbände

Eduard RIHA  
Verband der Querschnittgelähmten Österreichs

Reg.Rat Anton HARTIG  
Österreichischer Blindenverband

Martin LADSTÄTTER  
Österreichische Gesellschaft für Muskelkranke

Eva LEUTNER  
Balance

Maria WALTER  
Lebenshilfe Dachverband

Für die  
**Wahlkommission**  
werden vorgeschlagen:

Reg.Rat Rudolf NUSSBAUM\*)  
Zentralorganisation der Kriegssopfer- und Behindertenverbände

Marianne TOMSA  
Verband aller Körperbehinderten Österreichs

ADir. Georg LEITINGER  
Österreichischer Zivilinvalidenverband

Karin FELDBAUER  
Österreichischer Blindenverband

Winfried BRAUNER  
Verband der Querschnittgelähmten Österreichs

Helene KALLINA  
Österreichische MS-Gesellschaft

Brigitte GRAF  
Lebenshilfe Dachverband

**Die vorgeschlagenen Personen werden vom  
Delegiertentag einstimmig gewählt.**



# ***Festveranstaltung***

## ***Begrüßung***

Der Generalsekretär der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR), Heinz Schneider, konnte folgende Ehrengäste begrüßen:

Den Ersten Präsidenten des Nationalrates, **Dr. Heinz Fischer**;

Die Abgeordneten zum Nationalrat **Mag. Walter Guggenberger** (SPÖ) und **Dr. Gottfried Feurstein** (ÖVP);

In Vertretung des erkrankten Bundesministers für Arbeit und Soziales, *Josef Hesoun*: Sektionschef **Dr. Gerd Gruber**;

Den Leiter des Sozialamtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 12, Senatsrat **Dr. Werner Pröbsting** in Vertretung von Vizebürgermeisterin Amtsf. Stadträtin *Ingrid Smejkal*;

Als Vertreter von Landeshauptmann-Stv. *Gerhard Buchleitner*. **Dr. Herbert Prucher**, Amt der Salzburger Landesregierung;

Vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Direktor **Josef Juch** in Vertretung von Generaldirektor *Dr. Walter Geppert*;

Den Repräsentanten der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA): Generaldirektor-Stv. **Robert Bauer**;

Die leitenden Herren der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter: Präsident RegRat **Siegfried Dohr**, Generaldirektor **Erich Grimm** und Direktor **Bruno Schmid**;

Den Chefarzt der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft, **Dr. Donatus Pokorny**;

Als Vertreter von Generaldirektor *Ferdinand Ehrenstein*, Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter: Abteilungsleiter **Kurt Göbel**;

Von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Direktor **Dr. Harald Kindermann**, der auch im Rahmen des "Internationalen Jahres der Familie" den Arbeitskreis 8 "Familie und Behinderung" leitet;

Den Leiter des Arbeitsamtes für berufliche Rehabilitation, Amtssekretär **Herbert Fritz**;

Den Bailli von Österreich des St. Lazarus-Hilfswerkes, **Dr. Friedrich Schuberth**;

Und als Hausherrn und Gastgeber, den Repräsentanten der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, Obmann **Hans Sallmutter**.



**Obmann Hans Sallmutter**  
**Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten**

Werter Herr Präsident des Nationalrates, geschätzte Ehrengäste, liebe Delegierten, meine Damen und Herren. Es freut mich, daß ich Sie als Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten hier in unserem Hause begrüßen kann und Sie zum diesjährigen Delegiertentag herzlich willkommen heißen darf. Durch die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation werden bundesweit etwa 380.000 Personen vertreten. Nicht allein die große Zahl von Menschen, die durch die ÖAR repräsentiert werden, unterstreicht die Bedeutung dieser Dachorganisation, sondern auch die Qualität und vor allem die Intensität deren Arbeit und sehr geehrte Damen und Herren, Sie können mir glauben, die Unterstützung der Ziele der Behindertenverbände, besonders der ÖAR, ist deshalb für die Anstalt ein ganz wichtiges Anliegen und deshalb ist es für uns auch selbstverständlich, die Infrastruktur der Einrichtungen dieses Hauses zur Verfügung zu stellen.

Die politische Selbstorganisation von direkt Betroffenen, bekommt in der Öffentlichkeit einen immer größeren Stellenwert. Die Arbeit der ÖAR ist dafür nach meiner Sicht und Bewertung ein eindrucksvoller Beweis. Auch die Sozialversicherung trägt diesem gestiegenen Bedürfnis zunehmend und aus tiefer Überzeugung Rechnung. In der 52. ASVG-Novelle, die in der letzten Zeit und in dem vergangenen Jahr sehr engagiert diskutiert worden ist, sie wird auch als Sozialversicherungsorganisationsreform-Novelle bezeichnet, ist die Einsetzung

sogenannter Beiräte vorgesehen. In diesen Beiräten sollen die verschiedensten Interessenvertretungen einen Sitz haben, so unter anderem natürlich auch die Behinderten-Verbände und sie sollen neue Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechte erhalten. Es soll damit auch ein besseres Naheverhältnis vom Versicherungsträger zu den Versicherten und zu den Leistungsempfängern sichergestellt werden. Die Sorgen und die Probleme der behinderten Menschen nehmen natürlich ganz besonders im Rahmen der Unfallversicherung, aber auch im Bereich der Pensionsversicherung einen zunehmenden Stellenwert ein. Ich darf bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß für medizinische Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Rehabilitation z.B. unser Haus, im vergangenen Jahr weit über 1 Milliarde Schilling aufgewendet hat.

Erlauben Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren, noch auf ein aktuelles Gesetzeswerk hinzuweisen, daß meiner Meinung nach ein wirklicher Meilenstein in der Sozialversicherungsgesetzgebung darstellt und insbesondere auch Sie davon betroffen sind. Ich meine das Bundespflegegeldgesetz, das mit 1. Juli des vergangenen Jahres in Kraft getreten ist. Daß es bei der Umsetzung des Gesetzes am Anfang einige Startprobleme gegeben hat, sei zugestanden, es war Neuland für die Pensionsversicherungsträger, aber inzwischen glaube ich, hat sich vieles verbessert. Wir haben gelernt damit umzugehen, es hat sich eingespielt und



für die PV-Ang. kann ich dazu sagen, daß wir selbstverständlich im höchsten Maße interessiert sind, mit guter Kooperation, auch mit den Behindertenverbänden, eine noch verbesserte und reibungslosere Umsetzung dieses Gesetzes und dieses Auftrages an die Pensionsversicherung, sicher zu stellen.

Auf ein anderes Problem möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch hinweisen, das uns alle, ganz besonders die politisch Verantwortlichen, in den kommenden Jahren, intensiv beschäftigen wird. Durch die tendenziell höhere Lebenserwartung wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Personen weiter erhöhen; daß aber auch eine zufriedenstellende Pflege dieser Menschen, das heißt aber unter anderem auch eine entsprechende materielle Absicherung der Pflegerinnen und Pfleger und somit auch eine qualitativ hochstehende und professionelle Pflege gewährleistet ist, stellt eine große Aufgabe für uns alle dar. Ich spreche hier vor allem als Gewerkschafter, der ich auch bin. Die Beschäftigten im Pflegebereich haben natürlich wie alle anderen Arbeitnehmer, ein Recht auf menschenwürdige und sozial abgesicherte Arbeitsplätze und nicht nur die Gewerkschaften, wir alle gemeinsam haben die Pflicht, uns in diesem Sinne

einzusetzen, weil ich überzeugt bin, daß das auch im Interesse der pflegebedürftigen Menschen ist.

Alles in allem können wir auf unser System der sozialen Sicherheit in Österreich, glaube ich, stolz sein und allen Angriffen zum Trotz, stellt dieses System tagtäglich seine Leistungsfähigkeit unter Beweis und ich bin überzeugt davon, tief überzeugt davon, auch wenn manche etwas anderes behaupten, daß diese Leistungsfähigkeit weit in die Zukunft anhalten wird und weit in das neue Jahrtausend hineinreicht.

Meine Damen und Herren, geschätzte Gäste, ich hoffe, daß Sie sich wohl fühlen in diesem Haus und wenn Sie irgendwelche Wünsche haben, bitte es unseren Mitarbeitern zu sagen. Wir sind gerne bereit, Ihnen in jeder Hinsicht behilflich zu sein und ich darf schon jetzt sagen, selbstverständlich stellen wir Ihnen gerne unsere Infrastruktur, unser Haus, auch in den kommenden Jahren für Ihren Delegiertentag zur Verfügung, wenn Sie es wünschen. In diesem Sinne darf ich eine erfolgreiche, interessante und zukunftsweisende Delegiertentagung wünschen.

Alles Gute für die Zukunft.

*Danke schön, Herr Obmann, dazu muß ich sagen, daß die Pensionsversicherung der Angestellten, die einzige Sozialversicherungsanstalt ist, die uns eine Kontaktperson genannt hat, die, wenn es Probleme mit dem Pflegegeld gibt, sehr unkompliziert versucht, die Probleme zu lösen. Dafür recht herzlichen Dank.*

*Wie bereits erwähnt, kann Frau Vizebürgermeisterin Smejkal wegen einer Kontrollamtsbesprechung nicht an dieser Tagung teilnehmen. Sie hat mich gebeten, sie zu entschuldigen, was ich hiermit tue. Herr Senatsrat Dr. Pröbsting wird uns ihre Grüße übermitteln.*



**Senatsrat Dr. Werner Pröbsting**  
**Amt der Wiener Landesregierung, MA 12, Behindertenhilfe**

Sehr geehrter Herr Präsident des Nationalrates, werte Festgäste, sehr geehrte Damen und Herren, ich darf die besten Wünsche zum Delegiertentag von Frau Vizebürgermeister Ingrid *Smejkal* überbringen. Es ist uns allen ein großes Anliegen, der ÖAR vor allem sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Interessensvertretung der behinderten Menschen in Wien zu danken. Für die Vorschläge, die Sie hier einbringen, für die Bereitschaft zu diskutieren und gemeinsam mit dem Land Wien, Wege und Lösungen zu suchen.

Es war schon immer Tradition, daß dieser Weg gemeinsam mit behinderten Menschen gegangen worden ist und wir

halten es daher für eine Selbstverständlichkeit, die ÖAR um eine Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen zu ersuchen. Ganz aktuell ist ja die Frage, die sicherlich noch heute Gewicht haben wird, nämlich die Frage der Kostenbeiträge aus dem Pflegegeld. Wir arbeiten gerade an einem Entwurf zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung und haben seitens der ÖAR eine sehr klare und ausgezeichnete Stellungnahme erhalten, wofür ich mich bedanken möchte.

Ich darf Ihnen nochmals im Namen von Frau Vizebürgermeister *Smejkal* und im eigenen Namen für die heutigen Beratungen alles Gute und viel Erfolg wünschen.

*Danke, Herr Senatsrat. Ich bin sicher, wir werden - nicht nur in Bezug auf die Frage des Pflegegeldes - weiterhin viele Diskussionen führen.*

*Wir haben auch Grußbotschaften in schriftlicher Form bekommen. Ich darf Präsident Voget bitten, die Grußbotschaft von Herrn Mag. Vogler, Präsident der Bundesarbeitskammer, zu verlesen.*



**Schriftliche Grußbotschaft:  
Präsident Mag. Heinz Vogler  
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte**

Sehr geehrter Herr Präsident, da ich aus terminlichen Gründen leider nicht am 6. Delegiertentag der ÖAR teilnehmen kann, ersuche ich den Delegierten meine besten Grüße für ein erfolgreiches Gelingen der Tagung mitzuteilen:

Die Tätigkeit der ÖAR als Interessenvertretungen der behinderten Menschen kann nicht hoch genug geschätzt werden. Als einen wesentlichen Punkt möchte ich Ihre Mitwirkung bei der Verwirklichung der Neuregelung der Pflegevorsorge hervorheben. Von der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe "Vorsorge

für pflegebedürftige Personen", über die Teilnahme in den verschiedenen Expertengruppen waren Vertreter Ihrer Organisation in den letzten Jahren maßgeblich an der Umsetzung dieser wichtigen, sozialpolitischen Aufgabe beteiligt. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit der Vertreter von Bund und Ländern, von Versicherungsträgern und Interessenvertretungen möge als Vorbild für andere, noch gemeinsam zu lösende Probleme dienen. Denn: Ihre Anliegen sind auch die Anliegen der Bundesarbeitskammer.

*Herzlichen Dank. Die Tatsache, daß wir das Pflegegeld haben, ist neben dem persönlichen Einsatz von Minister Hesoun, natürlich in erster Linie, der gesetzgebenden Versammlung in Österreich zu verdanken.*

*Darf ich jetzt einen Vertreter dieser Gesetzgebung, des Nationalrates, Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein bitten, zu uns zu sprechen.*



**Dr. Gottfried Feurstein**  
**Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)**

Sehr geehrter Präsident Dr. Fischer, meine sehr verehrten Ehrengäste, meine Damen und Herren des Vorstandes, Es werden heute wahrscheinlich noch mehrere Grußbotschaften gehalten und ich möchte Ihnen daher nur ganz kurz dafür danken, was Sie in den vergangenen 3 Jahren wiederum geleistet haben. Ich betrachte die Selbsthilfeeinrichtungen, die verschiedenen Vereinigungen für die behinderten Menschen in unserem Lande, als eines der entscheidendsten Elemente zum Funktionieren unseres Sozialstaates und ich meine, ihnen gebührt vor allem heute unser ganz besonderer Dank und die Anerkennung für das, was jede und jeder an seinem oder ihrem Platz geleistet haben.

Ich möchte auch ganz kurz betonen, daß das Pflegegeld, es ist bereits gesagt worden - Herr Sektionschef Dr. Gruber wird sicherlich noch eingehend darauf zurückkommen, eine Einrichtung und eine Maßnahme ist, die mit Ihnen aufgebaut wurde, auf Ihre Initiative zurück geht und auch die Weiterentwicklung und die Behebung der Mängel und Schwierigkeiten, so meine ich, nur mit Ihrem Einvernehmen und mit Ihnen gemeinsam gestaltet werden kann. Und so glaube ich, daß viele persönliche Gespräche notwendig sind. Ich möchte etwas länger hier bleiben, um Ihre Erfahrungen auch persönlich kennenzulernen, wo es noch Schwierigkeiten gibt. Ich kenne natürlich auch viele Schwierigkeiten. In einem persönlichen Gespräch kann man sicher manche Dinge klären. Ich würde Sie

darum auch heute bitten, so daß ich inhaltlich auf das Pflegegeldgesetz jetzt nicht eingehen möchte.

Aber etwas möchte ich zum Schluß noch sagen. Der Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten hat bereits darauf hingewiesen, wie wichtig das Zusammenwirken zwischen Versicherten und Versicherung ist. Wir haben gestern wieder einen kleinen Schritt gemacht, um die Serviceleistungen der einzelnen Sozialversicherungsträger zu verbessern: Ab 1. Juli 1994 wird es möglich sein, daß man bei jedem Sozialversicherungsträger jeden Antrag abgeben und einreichen kann. Also bei der Gebietskrankenkasse einen Antrag der eine Pensionsversicherung betrifft, bei der Außenstelle einer Pensionsversicherungsanstalt eine Angelegenheit, die die Krankenkasse oder die Unfallversicherung anbelangt. Es ist dies wieder ein kleiner Schritt, um das Zusammenspiel, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu verbessern, die Serviceleistungen der österreichischen Sozialversicherungsanstalten zu verbessern. Gerade für behinderte Menschen ist es ganz wichtig, daß diese Maßnahme gesetzt worden ist. Man muß im ländlichen Raum und in den kleineren Bundesländern nicht mehr von einer Stadt in die andere wandern, um einen Antrag zu stellen, sondern man kann es dort erledigen, wo so eine Einrichtung besteht. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Schritt, in die richtige Richtung.



In diesem Sinne darf ich noch einmal alles Gute wünschen, insbesondere für die heutige Tagung und hoffe, das darf ich von meiner Seite sagen, Herr Präsident Dr. Voget, daß die gute Zusammenarbeit mit Ihnen, mit Ihren Organisationen und

Vereinigungen in der nächsten Funktionsperiode, in den nächsten 3 Jahren, erhalten bleibt.

In diesem Sinne alles Gute.

*Danke Herr Dr. Feurstein, wir werden gemeinsam weiter kämpfen. Das müssen wir wohl auch, wie die derzeitige Entwicklung auf dem Sektor Pflegegeld zeigt.*

*Die letzte Novelle zum ASVG hat für uns noch etwas Wesentliches gebracht, nämlich die Einrichtung von Beiräten bei den Sozialversicherungsträgern, die die Interessen von behinderten Menschen innerhalb der Sozialversicherungsträger vertreten sollen, dafür muß ich mich nochmals bei den Abgeordneten herzlich bedanken.*

*Herr Abgeordneter Mag. Guggenberger darf ich Sie um Ihr Statement bitten.*



**Mag. Walter Guggenberger**  
**Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Präsident des Nationalrates, lieber Dr. Gerd Gruber, als persönlicher Vertreter des Herrn Sozialministers, lieber Dr. Feurstein, wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist eine liebe Usance im Rahmen von Begrüßungsworten Rosen zu streuen und Freundlichkeiten zu verbreiten. Ich bitte Sie mir zu glauben, daß es keine Floskeln sind, sondern zutiefst ehrlich gemeint, wenn ich feststelle und mit hohem Respekt anerkenne, daß der Stellenwert der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation in den letzten Jahren enorm gewachsen ist und daß sie von den politischen Institutionen in diesem Land als die legitimierte Vertretung der behinderten Menschen in Österreich schlechthin angesehen wird. Wenn ich daran denke, was wir alle gemeinsam durch ihre tatkräftige Initiative und Unterstützung, durch ihren Rückenwind, im Parlament erreicht haben, dann ist es doch einiges.

Wenn ich etwa daran denke, daß es überhaupt keine Probleme bereitet hat, daß die Ministerien Ihnen Regierungsvorlagen zur Begutachtung zusenden, daß Ihre Stimme von Anbeginn der Gesetzeswerdung gehört wird, wie die Stimmen anderer Institutionen, daß es gelungen ist, im Bundesbehindertengesetz zu verankern, daß Sie Anspruch auf Förderung haben. Daß Sie also losgekommen sind, von dieser unwürdigen Rolle desjenigen, der alljährlich um Subventionen, um nicht zu sagen um Almosen, ansuchen muß, und - das ist wohl das hervorragendste Merkmal Ihres Stellenwertes - daß es

gelingen ist, vom Sozialministerium eingeladen zu werden, um mit ihm gemeinsam das Behindertenkonzept zu erstellen. Ein Konzept, das die Leitlinien für die behindertenpolitischen Maßnahmen in den nächsten Jahren festschreibt. All diese Anerkennung ist Ihnen bei Gott nicht in den Schoß gefallen, sie ist das Ergebnis einer sehr zielstrebigem, sehr konsequenten, von der Überzeugung so vieler in diesem Raum getragener Arbeit. Und so können Sie sich brüsten, mit einer Reihe von Erfolgen, vom Bundespflegegeld war schon die Rede. Sie waren es, die uns alle im Parlament eindringlich gewarnt haben, die schon vorgesehene Verschlechterung beim Kraftfahrzeugsteuergesetz wieder gut zu machen. Sie haben auf Verbesserungen im Bundesbehindertengesetz und im Behinderteneinstellungsgesetz gedrängt. So soll es auch sein und man muß Sie nicht erst auffordern, diese Rolle des eindringlichen Mahners im Sinne der Arbeit für behinderte Menschen fortzusetzen. Sie tun dies ohnedies in Ihrer bewährten, sehr engagierten und ambitionierten Weise, ohne dabei aber die Möglichkeiten und Interessen des Gesamtwohls aus dem Auge zu lassen.

Erlauben Sie mir, daß ich nocheinmal einen Satz zitiere, den der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker unlängst in einem seiner vielen, beeindruckenden Referate formuliert hat. Weizsäcker sagte: *"Es ist normal, verschieden zu sein, es gibt keine Norm für das Menschsein, manche Menschen sind blind oder taub, manche haben*



*Lernschwierigkeiten, eine geistige oder körperliche Behinderung. Aber es gibt auch Menschen ohne Humor, ewige Pessimisten, gewalttätige Männer und Frauen. Daß Behinderung nur als Verschiedenheit aufgefaßt wird, das ist das Ziel, um das es uns gehen muß". Dem ist, glaube ich, nichts zuzufügen.*

Wir alle sind dazu aufgerufen, weiter die Ärmel aufzukrempeln, daß diese Behinderung nur als Verschiedenheit aufgefaßt wird. Sie finden mich gemeinsam mit meinen Freunden in der Sozialdemokratie auch weiterhin an Ihrer Seite, wenn es gilt, dafür zu kämpfen.

Alles, alles Gute.

*Danke Herr Mag. Guggenberger. Danke vor allem für die Blumen die uns für unsere Arbeit gestreut wurden. Wir haben uns immer bemüht, zwar klare Forderungen zu stellen, aber doch im Rahmen zu bleiben. Darf ich eine Bitte aussprechen: vielleicht können Sie uns helfen, einen Kontakt noch enger zu knüpfen, nämlich den zum Finanzministerium. Die Probleme mit der Unfallrenten-Besteuerung und der Kraftfahrzeugsteuer hätten vermieden werden können, wenn es vor der Beschlußfassung Gespräche mit uns gegeben hätte.*

*Wir haben auch eine sehr enge Zusammenarbeit, wenn ich so sagen darf, mit der Volksanwaltschaft. Frau Volksanwalt Mag. Messner ist immer bemüht, sich um soziale Probleme zu kümmern. Sie konnte heute leider nicht kommen und hat uns eine Grußbotschaft geschickt, ich bitte darum.*



**Schriftliche Grußbotschaft:  
HR Mag. Evelyn Messner  
Volksanwaltschaft**

Leider ist es mir aus terminlichen Gründen nicht möglich, am VI. Ordentlichen Delegiertentag der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation teilzunehmen. Es ist mir aber ein Anliegen auf folgende sozialpolitische Probleme hinzuweisen, die sowohl die Volksanwaltschaft als auch die Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation beschäftigen und zu deren Lösung wir alle gemeinsam beitragen wollen:

**1. Entscheidungspraxis bei  
Gewährung des Pflegegeldes**

Das mit 1. Juli 1993 eingeführte Pflegegeld stellt zweifellos eine Neuerung in der österreichischen Sozialpolitik dar. Es ist damit gelungen die finanzielle Situation vieler behinderter Menschen entscheidend zu verbessern. Die Volksanwaltschaft hat allerdings schon in ihrem 16. Bericht an den Nationalrat darauf hingewiesen, daß die Regelung, wonach auf das Pflegegeld ab der Stufe 3 kein Rechtsanspruch besteht, verfassungsrechtlich bedenklich erscheint. Der Ermittlung des Pflegeaufwandes behinderter Kinder sowie psychisch Kranker widmet die Volksanwaltschaft ihre besondere Aufmerksamkeit. Die Praxis der einzelnen Entscheidungsträger bei der Zuerkennung des Pflegegeldes bietet allerdings Anlaß für Beschwerden bei der Volksanwaltschaft. Insbesondere Abgrenzungsprobleme bei Gewährung der Stufen 5, 6 oder 7 haben die Volksanwaltschaft veranlaßt, an den

Bundesminister für Arbeit und Soziales heranzutreten, um entsprechende Klarstellungen zu erreichen. In einigen Einzelfällen hat aber die Volksanwaltschaft durch ihr Prüfungsverfahren bereits Verbesserungen für die pflegebedürftigen Menschen erreichen können.

**2. Kostenbelastung durch die  
Entsorgung von Inkontinenzartikeln**

Dankenswerterweise hat sich die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation dieses Problems angenommen und die Volksanwaltschaft um eine entsprechende Klärung ersucht.

Das diesbezügliche Prüfungsverfahren ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch kann dazu gesagt werden, daß die, auch der Arbeitsgemeinschaft vorliegende, Bundesländerumfrage ein sehr uneinheitliches Bild bezüglich der zu diesem Thema in den Bundesländern bestehenden Rechtsansichten zeigt. Aus diesem Grund hat die Volksanwaltschaft das Prüfungsverfahren fortgesetzt und die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie zu diesem Problem um Stellungnahme ersucht. Die Volksanwaltschaft ist dazu der Ansicht, daß österreichweit eine einheitliche Rechtsansicht darüber herzustellen ist, wie die Inkontinenzartikel zu entsorgen sind, wobei finanzielle und sonstige Belastungen für die betroffenen behinderten Menschen und deren Angehörige nach Möglichkeit vermieden werden sollten.



### **3. Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation**

Derzeit sieht der Gesetzgeber vor, daß Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation nur von jenen Versicherten in Anspruch genommen werden können, bei denen bereits feststeht, daß der Eintritt des Versicherungsfalles der Invalidität oder Berufsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht. Nach Ansicht der Volksanwaltschaft müßten sowohl das Arbeitslosenversicherungsgesetz als auch die Pensionsversicherungsgesetze für diese Aufgabe ein Zusammenwirken vorsehen, um zu gewährleisten, daß Umstellungsmaßnahmen gesundheitlich leistungseingeschränkter Arbeitnehmer zu einem Zeitpunkt einsetzen können, in dem die Arbeitsfähigkeit noch nicht in einem derart schweren Maß herabgesetzt ist. Es wäre auch volkswirtschaftlich gerechtfertigt, diese Maßnahmen schon zu einem früheren Zeitpunkt einsetzen zu lassen, um damit ein weiteres

Herabsinken der Arbeitsfähigkeit, die letztlich doch zu einer Pensionierung führen muß, zu vermeiden. Auf diese Problematik, sowie auf die Dringlichkeit der Anpassung der Arbeitnehmerschutzvorschriften an das günstigere EU-Niveau habe ich auch anlässlich einer Pressekonferenz in Linz hingewiesen.

Abschließend möchte ich festhalten, daß sich die Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und der Volksanwaltschaft stets bewährt hat und durch dieses Zusammenwirken immer wieder Erleichterungen und Besserstellungen für behinderte Menschen in Österreich erreicht werden konnten. Die Volksanwaltschaft dankt für die bisherige Zusammenarbeit und wird auch in Zukunft Anliegen behinderter Menschen in Österreich gegenüber Verwaltung und Gesetzgebung mit besonderem Nachdruck vertreten.

*Danke, das war praktisch eine Ergänzung des vorliegenden Tätigkeitsberichtes, es waren sehr viele Probleme, die, wie schon erwähnt, von uns an die Volksanwaltschaft herangetragen wurden.*

*Probleme die wir an andere Personen herantragen, gibt es natürlich auch viele. Und einer, der dieses Problempaket von uns immer wieder bekommt, ist Herr Sektionschef Dr. Gruber, den ich jetzt um sein Statement bitte.*



**Sektionschef Dr. Gerd Gruber**  
**Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

Sehr geehrter Herr Präsident des Nationalrates, werte Ehrengäste, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie, daß ich zunächst einer ehrenvollen Verpflichtung nachkomme. Herr Bundesminister Josef *Hesoun*, der leider heute verhindert ist, hat mich beauftragt, Ihnen seine herzlichen Grüße und besten Wünsche zu überbringen.

In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die sozialstaatliche Absicherung besonders wichtig. Gerade in solchen Zeiten muß der Sozialstaat seine Tragfähigkeit immer wieder unter Beweis stellen. Und in solchen Situationen erleben wir regelmäßig, daß das System der sozialen Sicherheit in Diskussion gezogen wird.

Genau solche Ansätze finden sich auch heute, allerdings mit einer großen Ausnahme. Während sich ökonomische Probleme unübersehbar angekündigt haben, geschah in unserem Sozialstaat ein österreichisches Wunder, wie es Prof. Tomandl in einem Pressekommentar genannt hat. Die bundesweit einheitliche, am Bedarf der Betroffenen orientierte Pflegevorsorge, die Wirklichkeit geworden ist.

Ich möchte nicht versäumen, vor diesem Delegiertentag auf den unschätzbaren Beitrag hinzuweisen und dafür zu danken, den die ÖAR mit dem Präsidenten an der Spitze für die Bewältigung dieses Vorhabens geleistet hat.

Seit 1. Juli des Vorjahres sind das neue Bundespflegegeldgesetz und die neun Landespflegegeldgesetze in Kraft. Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über gemeinsame Maßnahmen für pflegebedürftige Personen, die insbesondere die Sozialen Dienste sichern soll, ist seit 1. Jänner 1994 in Kraft.

Es scheint daher legitim, eine erste kurze Bilanz zu ziehen. Und da ist zunächst zu sagen, das System der Pflegevorsorge hat sich, jedenfalls im Bereich des Bundespflegegeldgesetzes, als tragfähig erwiesen. Ich glaube, das muß man fairerweise sagen. Ebenso ist aber unumwunden zuzugeben, daß es Mängel und auch Probleme gibt. Manche dieser Probleme sind real, andere hingegen eher theoretischer Natur.

Zur ersten Kategorie rechne ich die Schwierigkeiten bei der Einstufung von Kindern, bei der Einstufung von psychisch behinderten Menschen und von geistig Behinderten. Auch die relativ lange Dauer der Umsetzung und die eingeschränkte Klagsmöglichkeit und schließlich Maßnahmen in Bereich der Länder, die geeignet sind, wichtige Ziele des Pflegegeldgesetzes in Frage zu stellen.

Sie wissen was ich meine, die sehr unterschiedliche Gestaltung der Kostenbeiträge bei den sozialen Diensten und die fallweise exorbitanten Preissteigerungen, gefährden die Hauptziele der Pflegevorsorge, nämlich die Unterstützung und die Entlastung der



Angehörigen, die zu über 80 % - und das wird sehr oft übersehen - die Lasten der Pflege tragen.

Besonders die Tatsache, daß der Rechtsweg in den Stufen 3 bis 7 erst ab dem Jahr 1997 offen steht, war und ist der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Das ist mit Sicherheit ein gravierender Kritikpunkt und ich möchte hier klarstellen, daß für das Sozialministerium ein durchgängiger Rechtsanspruch ein großes Anliegen war und auch ist.

Bundesminister Hesoun setzt sich massiv dafür ein, daß diese Übergangszeit vielleicht doch noch abgekürzt werden kann. Weil uns bewußt ist, daß hier ein Mangel vorliegt, haben wir Maßnahmen gesetzt, die in der Zeit bis 1997 eine Entspannung der Situation bringen sollen.

Wir haben eine Clearingstelle eingerichtet, in der Problemfälle besprochen und nach Möglichkeit gelöst werden sollen. Für den Bereich des Landes Niederösterreich hat eine solche Besprechung bereits stattgefunden und andere werden folgen.

Schwieriger ist ohne Zweifel die Frage der Kostenbeiträge. Durch die zum Teil exorbitanten Tarifierhöhungen in einzelnen Ländern, bei einzelnen Dienstleistungen, ist hier der Eindruck entstanden, die Einführung des Pflegegeldes diene, etwas überzogen formuliert, in erster Linie der Sanierung der Länder.

Auf der Strecke blieben einmal mehr die Pflegebedürftigen, die auf diese Weise vom Pflegegeld nichts hätten. Hier wird es sicher noch massiver Initiativen und

Verhandlungen bedürfen, um für die Betroffenen eine befriedigende und soziale Gestaltung in diesem Bereich zu erreichen.

Neben diesen zweifellos vorhandenen echten Problemen gibt es aber auch eine ganze Reihe von, aus meiner Sicht, Scheinproblemen.

Und ein solches Problem ist die aufgeregte Debatte um Mißbräuche des Pflegegeldes. Denn zum einen sind durch die Abstimmung des Ausmaßes des Pflegegeldes auf den tatsächlichen Aufwand die Mißbrauchsmöglichkeiten von vornherein sehr stark eingegrenzt und zum anderen sehe ich absolut keinen Mißbrauch darin, wenn Angehörige, die wie ich schon erwähnt habe, zumindest zu 80% die Pflegeleistung erbringen, dafür auch eine gewisse Abgeltung erhalten.

Es mutet zumindest eigenartig an, daß diese Mißbrauchsdiskussion oft von jenen forciert wird, die die soziale Not und die Probleme der Pflegebedürftigen nicht aus eigener Anschauung kennen.

Bevor ich zum Schluß komme, gestatten Sie mir noch, daß ich aus den vielen Fragen und Problemen, die zu diskutieren sind, ein Thema herausgreife:

Im Dezember 1992 hat die Bundesregierung, von einer breiten Öffentlichkeit kaum bemerkt, ein umfassendes Behindertenkonzept beschlossen. Es enthält eine ganze Reihe wichtiger Aussagen und Vorhaben, unter anderem bekundet die Bundesregierung ihre Absicht, eine



Gleichbehandlungskommission für  
behinderte Menschen einzurichten.

Die Vorstellungen und Forderungen der  
Behindertenorganisationen und deren  
Vertreter gehen naturgemäß weiter.  
Stichwort "Antidiskriminierungsgesetz",  
das in letzter Zeit immer öfter zur  
Diskussion gestellt wird. Aber es dürfte  
klar sein, daß dieses Ziel nicht innerhalb  
kurzer Zeit erreicht werden kann.

Die Einrichtung einer  
Gleichbehandlungskommission könnte  
aber ein erster, wichtiger Schritt auf den  
Weg zu diesem Ziel sein.

Für das Bundesministerium für Arbeit und  
Soziales und im Namen von Herrn  
Bundesminister Hesoun darf ich ihnen  
sagen, wir wollen diesen Weg  
gemeinsam mit Ihnen gehen.

Danke schön.

*Danke Herr Sektionschef, ich bitte Sie, unseren Dank auch dem Herrn Bundesminister für  
Arbeit und Soziales zu übermitteln und ihm baldige Besserung zu wünschen.*

*Der Erste Präsident des Nationalrates hat uns die Ehre gegeben und ich bitte Sie, Herr  
Präsident Dr. Fischer um Ihre Grußworte. Ich weiß, Sie müßten eigentlich schon längst zu  
einem anderen Termin unterwegs sein, herzlichen Dank für Ihre Geduld und nochmals  
besten Dank fürs Kommen.*



**Dr. Heinz Fischer**  
**Erster Präsident des Nationalrates**

Herr Vorsitzender, meine Herren Abgeordneten, die meines Wissens aus Tirol und aus Vorarlberg zu dieser Veranstaltung nach Wien gekommen sind, meine hochgeschätzten Damen und Herren!

Sie haben mich eingeladen, an der Festveranstaltung im Rahmen des Delegiertentages der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation teilzunehmen. Ich habe diese Einladung gerne angenommen und zwar nicht deshalb, weil ich ein Experte auf jenen Gebieten bin, die Sie beschäftigen, nicht deshalb weil ich etwa Mitglied des Sozialausschusses des Nationalrates wäre - beides ist nicht der Fall - sondern umgekehrt, weil ich teilnehmen wollte, an einer solchen Veranstaltung, weil ich hören wollte, was der Vorsitzende, was andere Kollegen zu berichten haben. Weil ich auch Wertschätzung und Sympathie für Ihre Anliegen zum Ausdruck bringen will und für die Arbeit, die sie leisten. Sie kennen das berühmte Wort von Max Weber, der einmal, und das wird oft und mit Recht zitiert, Politik definiert hat, als das "Bohren harter Bretter mit Augenmaß und Geduld".

Ich kann mir gut vorstellen, wie sehr das gerade auf Ihr Arbeitsgebiet zutrifft, auf das wofür Sie verantwortlich sind. Ich kann mir vorstellen, daß es sich beim Kampf gegen Vorurteile, beim Kampf für die Integration von Behinderten, beim Kampf für die allmähliche Durchsetzung behindertengerechter Institutionen, Bauvorschriften, Regelungen etc. um das "Bohren verdammt harter Bretter"

handelt, wobei man sehr viel Augenmaß und noch mehr Geduld braucht. Aber es gibt Fortschritte, und es gibt Resultate und über etliche davon ist heute schon gesprochen worden.

Vielleicht ist es sogar denjenigen, die ständig damit zu tun haben, die immer Energie, Zeit und Engagement investieren müssen, weniger bewußt und weniger präsent, was alles erreicht wurde, als wenn man das einmal in Summe und über einen längeren Zeitraum ansieht. Aber wenn Sie z.B. eine Momentaufnahme der Situation des Jahres 1964 wagen und mit einer Momentaufnahme des Jahres 74 und des Jahres 84 und schließlich des Jahr 1994 vergleichen, dann kann man nicht übersehen, wieviel da in Bewegung gebracht wurde und wie manches, das vor 10 Jahren nur eine Idee war, eine Hoffnung, ein Wunsch - von manchen vielleicht nur als "frommer Wunsch" betrachtet - doch Schritt für Schritt, Etappe für Etappe, in Angriff genommen und verwirklicht wurde.

Ich erinnere mich, daß vor rund 20 Jahren, vielleicht sind es noch nicht ganz 20 Jahre, in der Ära Kreisky, im damaligen Bundesministerium für soziale Verwaltung, zum ersten Mal mit Schwung und in sehr umfassender Weise, zum Teil auch mit neuen Gedanken, an einem umfassenden Konzept zur Eingliederung Behinderter gearbeitet wurde, mit dem damals Neuland beschritten wurde, wobei man sich auch verstärkt mit Fragen der Rehabilitation, mit der Organisation und den Grundsätzen Geschützter



Werkstätten etc. befaßt hat. Inzwischen ist vieles von dem, was damals bearbeitet wurde, verwirklicht worden, und es ist vor allem auch gelungen, dieses Problem verstärkt in das Bewußtsein zu rücken. Um aus einer Mentalität des Versteckens und Verdrängens wenigstens teilweise auszubrechen, war es sicher auch symbolisch von Bedeutung, daß die Vereinten Nationen Anfang der 80iger Jahren, ein ganzes Jahr zum "Jahr der Behinderten" erklärt haben.

Meine Damen und Herren, daß das alles nur erreicht werden kann, im Zusammenwirken zwischen den verschiedensten Institutionen, von denen ja viele heute präsent sind, ist Ihnen sicher bewußt und sie praktizieren das auch in diesem Sinne. Das schließt natürlich auch eine Institution wie den Nationalrat ein, der Ende 1988 einige Entschlüsse zur Behindertenpolitik gefaßt hat, Aufträge an die Bundesregierung gegeben hat, der sich auch seit dieser Zeit mehrfach mit diesen Fragen beschäftigt hat. Die Gesetzesbeschlüsse die in diesem Zusammenhang zu erwähnen wären, sind Ihnen bestens bekannt, eines der wichtigsten ist gerade auch von meinem Vorredner erwähnt worden und ich kann Ihnen da sicher nichts an zusätzlichen Informationen geben. Ich kann Ihnen nur berichten, daß wir in einem Detailbereich - aber welcher "Detailbereich" ist denn da wirklich ein Detail, welcher ist denn da nicht in Wirklichkeit von allergrößter Relevanz, für diejenigen, die davon betroffen sind? - im Nationalrat doch ein recht bemerkenswertes und ich glaube sympathisches Experiment gemacht haben. Es ist um eine Petition der Organisation der Taubstummten in

Österreich, betreffend der Anerkennung der Gehörlosensprache gegangen und das ist sehr ernst genommen worden, das ist sehr sorgfältig beraten worden, darüber ist dann im Plenum berichtet worden und es ist das Ersuchen gestellt worden, die Debatte darüber im Plenum des Nationalrats in der Gehörlosensprache simultan zu übersetzen, für die auf den Galerien anwesenden Betroffenen. Und wir sind so verfahren und es war ein eindrucksvolles Experiment, weit mehr als das, ein eindrucksvoller Auftakt und hat auch zu einer Entschlußung geführt, die uns auf diesem Wege weiter voranführen soll.

Meine Damen und Herren, heute, wo uns in der Politik Fragen der Europäischen Integration so sehr beschäftigen, wäre es sicher auch naheliegend und sinnvoll, auf die internationale Situation dieses Problems zu verweisen, auf Aufgaben die wir diesbezüglich haben, auf Maßnahmen die im internationalen Bereich bereits beschlossen wurden, wie z.B. das in der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Helios-Programm, das derzeit im laufen ist und dessen Durchführung für die Jahre 1992 bis 96 angesetzt ist. Aber das wichtigste Anliegen ist mir, mich dem anzuschließen, was auch meine Kollegen aus dem Parlament getan haben, nämlich zu sagen, daß alle staatliche Administration, alle staatliche Institution, die ich für unverzichtbar halte, nicht ausreichen würden, wenn es darüber hinaus nicht das Engagement von Menschen und von Vereinigungen gäbe, die man in der Fachsprache die NGO's nennt, die Non Governmental Organisations, jene Institutionen, die ohne Behördencharakter zu haben,



vielfach auf freiwilliger Basis, über weiteste Strecken unentgeltlich, sich solcher Probleme annehmen und erst die Infrastruktur schaffen, für das, was man durch Gesetze und Normen, durch Behörden und Bescheide regeln kann. Und nur im Zusammenwirken dieser Bereiche können Fortschritte erzielt werden und als jemand, der - nocheinmal - ehrlich zugibt, kein Fachmann für alle Spezialfragen zu sein, die Sie beschäftigen, würde ich mir doch wünschen, daß man, sagen wir in den nächsten 10 Jahren, doch wieder annähernd auf so viele Fortschritte und auf so viele Erfolge zurückblicken kann,

wie das in den vergangen 10 Jahren der Fall war.

Daß der Vorsitzende Verständnis dafür geäußert hat, daß es meine Verpflichtung ist, in 50 Minuten an der ungarischen Grenze zu sein, um den ungarischen Parlamentspräsidenten abzuholen, dafür danke ich Ihnen herzlich und wünsche der Veranstaltung den besten Erfolg und wünsche auch weiter so gute Kooperation mit jenen Abgeordneten die auf diesem Gebiet tätig sind. Kollege Guggenberger und Kollege Feurstein sind dafür wirklich gute Beispiele und gute Mittler ihrer Anliegen, in der österreichischen Volksvertretung.

*Danke, ich möchte Ihnen noch eines mit auf den Weg geben, Herr Präsident: Sie haben betont, daß Sie kein Fachmann für soziale Fragen sind, ich darf Ihnen aber sagen: Sie sind in meinen Augen ein Fachmann für soziales, menschliches Empfinden, das heute vielfach abhanden gekommen ist.*

*Als letztes, sozusagen als Höhepunkt: Die Grußbotschaft des Herrn Bundespräsidenten.*



**Schriftliche Grußbotschaft:  
Dr. Thomas Klestil  
Bundespräsident**

Ich begrüße alle Teilnehmer am VI. Ordentlichen Delegiertentag der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation in Wien sehr herzlich und wünsche Ihren Beratungen und Initiativen einen guten Erfolg.

In den drei Jahren, seit Ihrem letzten Treffen, hat die österreichische Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung weitere Fortschritte gemacht. Vor allem das allgemeine Pflegevorsorgegesetz bedeutet eine entscheidende Etappe auf dem Weg zu einer flächendeckenden Hilfe der öffentlichen Hand bei der Finanzierung der teilweise beträchtlichen Zusatzkosten, die unseren behinderten Mitbürgern erwachsen.

Ich weiß aber auch um die noch offenen Probleme und die Sorgen der Betroffenen im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung. In diesem Zusammenhang

möchte ich vor allem die sprunghaft gestiegenen Tarife für einschlägige Dienstleistungen nennen, die vielen Behinderten schwere, bis unerträgliche finanzielle Lasten auferlegen.

Alles in allem bedarf es noch großer Anstrengungen aller, ehe die Integration der behinderten Kinder in den Schulen, der behinderten Arbeitnehmer in den verschiedensten Berufen und vor allem die Integrationen aller Behinderten in unserem Bewußtsein voll verwirklicht sein wird. Hier kann sicherlich nur der "Weg der kleinen Schritte" Abhilfe schaffen.

Ich möchte allen Mitgliedern der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation sehr herzlich für die Bemühungen danken und wünsche im Sinne des eben Gesagten Ihnen allen einen ertragreichen Delegiertentag 1994!

## "Retrospektive & Visionen"

Tätigkeit und Ziele der ÖAR  
als Interessenvertretung der behinderten  
Menschen Österreichs

**Dr. Klaus Voget**

Sehr geehrte Ehrengäste, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei der Vorbereitung auf dieses Referat, Heinz Schneider hat es bereits angedeutet, war meine erste Frage, wie lege ich es denn an, nicht hintergründig, sondern wie lege ich es an, daß ein an sich trockener Tätigkeitsbericht bei Ihnen so viel Interesse hervorrufen kann, daß Sie mir nicht alle davonlaufen. Insofern ist der Trick schon dadurch gelungen, daß wir dieses Referat nicht Tätigkeitsbericht und Zielsetzungen getauft haben, sondern mit dem hochtrabenden, Namen "Retrospektiven und Visionen" versehen haben. Ich sehe, Sie sind alle noch da und ich werde mir für die Zukunft in meinen Referaten einen ähnlichen, treffenden Titel aussuchen. Ich habe allerdings eines nicht mit einberechnet, daß meine Vorredner bereits mehr als 2/3 meines Tätigkeitsberichtes vorweg genommen haben. Ich werde also versuchen, nicht nur eine trockene Aufzählung jener Dinge Ihnen zu präsentieren, die wir im Laufe der letzten 3 Jahre getan haben, sondern einen Kommentar dazu abzugeben, denn Sie haben natürlich das Recht, bei dieser Delegiertenversammlung über alle Aktivitäten, die die ÖAR in den letzten 3 Jahren getan hat, auch über Erfolge und über Mißerfolge Kenntnis zu erlangen, damit Sie die Möglichkeit bekommen, die vergangenen 3 Jahre auch wirklich beurteilen zu können und zwar näher beurteilen zu können, als das durch eine

große Einschau in den vorliegenden Tätigkeitsbericht für Sie möglich gewesen wäre.

Die abgelaufene Funktionsperiode hat sich im wesentlichen auch um große Bereiche in der Tätigkeit beschränkt, wobei es im inhaltlichen Bereich, in erster Linie darum gegangen ist, eigene Initiativen zu planen und zu entwerfen sie letztendlich dann, soweit es ging, mehr oder weniger erfolgreich, durchzusetzen. Daneben hat es allerdings in einem zunehmenden Ausmaß auch die Notwendigkeit gegeben, immer wieder sehr rasch, und sozusagen aus der Hüfte heraus, zu reagieren auf Initiativen, die von außen an uns herangetragen wurden und die meistens zum Inhalt hatten, bereits errungene Leistungen, in irgendeiner Form wieder einzuschränken. Das hat einen wesentlichen Teil unserer Zeit beansprucht. Darüber hinaus war es natürlich notwendig, und ich glaube, das auch sagen zu können, daß es zu einem gewissen Grad gelungen ist, die Stellung der ÖAR als anerkannte Interessensvertretung in der Öffentlichkeit weiter zu verstärken. Dazu war natürlich auch notwendig, sich mit der inneren Konsolidierung der ÖAR zu beschäftigen, auch hier glaube ich, daß gewisse Fortschritte erzielt werden konnten. Als weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der Informationsarbeit und der Serviceleistung für die Mitgliedsorganisationen zu erwähnen.



Diese 5 Bereiche waren, grob gesagt, jene Gebiete, mit denen wir uns in erster Linie auseinandersetzen mußten.

Im ersten Bereich, nämlich, was die Eigeninitiativen anbelangt, wird es für Sie sicherlich keine Überraschung sein, wenn ich Ihnen sage, daß die Pflegegelddiskussion nahezu die gesamte Kapazität der ÖAR über diese 3 Jahre gebunden hat. Das Pflegegeld war nicht nur in den vergangenen Jahren, sondern auch einige Jahre davor, tatsächlich das bestimmende Thema innerhalb der ÖAR und natürlich auch in unserer Außentätigkeit. Wir waren als Dachorganisation wirklich gefordert und ich glaube doch sagen zu dürfen, daß die ÖAR diesen Herausforderungen voll inhaltlich gerecht geworden ist. Ich will jetzt nicht inhaltlich auf das Pflegegeld und auf die damit verbundenen Regelungen neuerlich eingehen, es ist bereits in vielen Veranstaltungen besprochen worden. Ich möchte nur noch einmal vor Auge führen, was hier gelungen ist, und zwar nicht inhaltlich gelungen ist, sondern was hier als Prinzip gelungen ist, nämlich von einer Behindertenorganisation der Sozialpolitik in Österreich, ein Thema geradezu aufzuzwingen. Und dieses Thema, auch über Jahre hinweg, zu einem Zentralthema auch in der Öffentlichkeit zu machen. Wenn wir den Ausgangspunkt dieser Diskussion heranziehen, so kann man mit gutem Recht sagen, daß diese Thematik an und für sich niemand wollte und sich mit dieser Thematik eigentlich niemand wirklich ernsthaft beschäftigen wollte. Im Gegenteil, es waren viele wichtige, öffentliche Institutionen gegen diese Konzeption. Die ÖAR hat sich in einer sehr professionellen Art und Weise

im Laufe der Jahre in allen öffentlichen Bereichen profiliert, hat die sehr schwierige Aufgabe mit Hilfe von vielen Menschen gemeistert, nämlich Einigkeit zwischen Bund und Ländern herzustellen. Wer jemals in solchen Verhandlungen gewesen ist der weiß, daß es wohl zu den schwierigsten Aufgaben in der österreichischen Politik gehört, Einigkeit zwischen Bund und Ländern herzustellen. Und letztendlich - und das ist auch nicht zu vergessen - eine Finanzierungszusicherung durch die Bundesregierung im letzten Augenblick zu erlangen, ohne daß sich die Sozialpartner in Österreich vorher darüber geeinigt hätten, das würde ich doch als kleines österreichisches Wunder bezeichnen, denn ich kann mich nicht erinnern, daß in den letzten 20 Jahren oder 30 Jahren, über 8 Milliarden Schilling in der Bundesregierung entschieden wurde, ohne daß sich die Sozialpartner darüber geeinigt hatten. Ich glaube, daß wir diese Dinge durchaus auf die Fahne der ÖAR heften können. Damit kann ich das Thema Pflegegeld eigentlich schon abschließen, weil erstens wird es wahrscheinlich am Nachmittag noch einige Diskussionen darüber geben und zweitens ist bereits heute von den Vorrednern schon einiges dazu gesagt worden.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein, zu dem die ÖAR in letzter Phase allerdings nur durch Solidarität und Unterstützung beigetragen hat, die allerdings einer alten Forderung, einer uralten Forderung, der ÖAR entspricht, war die Frage der Schulintegration. Mit dem neuen Schulorganisationsgesetz ist, glaube ich, ein wesentlicher Fortschritt gelungen, denn Integration von behinderten



Menschen kann nur in jungen Jahren passieren, denn junge Menschen gewöhnen sich wesentlich leichter aneinander und ich glaube, daß weitere Integrationsschritte dann im späteren Leben völlig selbstverständlich sein werden, man muß nur in der Jugend, in der Kindheit, damit beginnen. Es gibt natürlich einige Kritikpunkte, dennoch muß man sagen, daß bereits in dieser kurzen Phase des Vollzuges dieses Gesetzes, es zu einer Verdreifachung der bestehenden Integrationsklassen gekommen ist. Von ca. 300 ursprünglichen auf 900 innerhalb von knapp einem Jahr. Ich glaube, daß das ein Zeichen dafür ist, daß hier ein unumkehrbarer Zustand eingetreten ist, daß sich hier die Dinge verselbständigen, und daß die Integration in den Schulen sich relativ rasch auch auf jene Bereiche ausweiten wird, die heute noch als Kritikpunkt angesehen werden, nämlich die Sekundarschule, weil auch in den Hauptschulen, dort wo die sich Integration noch im Schulversuchsstadium befindet, bereits eine Vervielfachung der bestehenden Integrationsklassen stattgefunden hat. Ich glaube auch hier ist die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten und die positiven Ergebnisse, die man in relativ kurzer Zeit sehen wird, werden auch zeigen, daß hier der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist, auch von nicht allen akzeptiert und zum Teil noch etwas unterschätzt, das Bundesbehindertenkonzept. Gerade noch irgendwo zur Kenntnis genommen, obwohl die ÖAR ganz wesentlich an der Entwicklung des Bundesbehindertenkonzepts beteiligt war. Wir dürfen nicht vergessen, daß hier für

alle Lebensbereiche behinderter Menschen Regelungen und Vorstellungen angeboten werden, in der Theorie zugegebenermaßen, aber doch angeboten werden, die die gesamte Bundesregierung beschlossen hat. Die gesamte Bundesregierung muß, auch wenn sie sich in einzelnen Phasen, dann vielleicht nicht mehr gerne daran zurückerinnern will, aber sie muß hinter diesem Bundesbehindertenkonzept stehen. Und wenn ich daran denke, in welcher Phase das Bundespflegegeldgesetz das erste Mal die Möglichkeit der Realisierbarkeit gezeigt hat, dann war das die Tatsache, daß die Pflegegeldregelung im Koalitionsübereinkommen der Bundesregierung festgeschrieben worden ist. Hier habe ich das erste Mal gesehen, daß das wirklich eine gute Sache ist. Hier wird ein gesamtes Konzept von der Bundesregierung getragen, so daß man ohneweiters davon ausgehen kann, daß wir auch hier eine gute Chance haben.

Die Bundesbehindertengesetznovelle wurde auch bereits erwähnt, hat aber nicht nur einer sehr alten Forderung der ÖAR, eine Erhöhung der Kaufpreisgrenze für PKW für behinderte Menschen, endlich zumindestens einen Teilerfolg gebracht, sondern vor allen Dingen, was die Bedeutung der ÖAR und der Dachverbände an sich anbelangt, einen wesentlichen Fortschritt gebracht, nämlich das Festschreiben einer gesetzlichen Verpflichtung, den Dachverband von Bundesseite her zu fördern. Wir haben sehr, sehr viele Jahre um eine solche Möglichkeit gekämpft und ich bin sehr froh, daß diese Novelle in dieser Form über die Bühne gegangen ist.



Auch im Sozialversicherungsbereich hat es beträchtliche Fortschritte gegeben, einerseits die Regelung bezüglich der Ruhensbestimmungen, die zwar insgesamt etwas kompliziert ausgefallen sind, aber in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung für behinderte Menschen verzeichnen, auch im Bereich der Invaliditätspensionen, hat es nicht unbeträchtliche Verbesserungen gegeben. Besonders für solche Menschen, die in sehr jungen Jahren invalid wurden und deren Pension bzw. Rente von einer Bemessungsgrundlage aus berechnet wurde die extrem niedrig gewesen ist. Für diese Menschen wird es in Zukunft finanziell sicherlich zu einer wesentlichen Besserstellung kommen.

Auch der Bereich der Familienbeihilfen ist gerade noch rechtzeitig vor dem Delegiertentag zu einer befriedigenden Lösung geführt worden, ich würde sagen, es ist hier zu einer beträchtlichen Verbesserung der bisherigen Situation gekommen. Auch das ist durchaus der ÖAR, die sich sehr viele Jahre, mit der Problematik beschäftigt hat, zuzuschreiben.

Zu guter Letzt, und ich möchte hier nicht alle Dinge aufzählen, die in diesen 3 Jahren gelungen, oder teilweise gelungen sind, eine sehr wichtige Angelegenheit, die so hoffe ich, auch Beispielswirkung in anderen Bundesländern haben wird, ist die Verabschiedung der Wiener Bauordnung. Ich glaube, daß die Wiener Bauordnung Beispielswirkung haben kann, wie die Bauordnungen auch in den anderen Bundesländern in Zukunft gestaltet werden sollen, damit sich die Umwelt für bewegungsbehinderte Menschen, endlich einer barrierefreien

Umwelt annähert. Wir sind ohnedies noch sehr weit davon entfernt, aber wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht geschaffen werden, dann werden wir es nie erreichen. Es gibt auch bereits dafür Ansätze, daß das Beispiel der Wiener Bauordnung in anderen Bundesländern Schule machen wird.

Sie sehen also, es war doch eine gute Bilanz die die ÖAR in den letzten 3 Jahren aufzuweisen hat und da ist es eigentlich verwunderlich, daß noch Zeit dafür geblieben ist, spontan und aus der Hüfte heraus, Abwehrreaktionen zu tätigen. Dort wo man aus Gründen der Budgetkonsolidierung, aus der Tatsache heraus, daß man sich in den letzten 3 Jahren, in einer wirtschaftlich nicht besonders rosigen Situation befunden hat, glaubte, Geld einsparen zu müssen. Ich erwähne hier nur einige Beispiele, in denen wir mehr bzw. in manchen Bereichen auch weniger, erfolgreich gewesen sind. Es ist das Problem der Kostenbeiträge für Sozialdienste bereits angesprochen worden. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß hier in manchen Bundesländern ein Weg beschritten wird, den wir nicht hinnehmen können. Wir haben sechs Jahre lang um das Bundespflegegeldgesetz gekämpft und werden nicht tatenlos zusehen, wie diese Errungenschaft in einigen Ländern mit wenigen Federstrichen, nicht nur beseitigt, sondern oft sogar ins Gegenteil umschlägt. Niemand kann wohl annehmen, daß die ÖAR sechs Jahre um ein Gesetz kämpft und dann die Hände in den Schoß legt, wenn man es auf kaltem Wege wieder beseitigen will. Hier werden sich die Länder, die entsprechende Ambitionen in dieser Richtung bereits gesetzt haben und noch immer setzen



wollen, damit konfrontiert sehen, daß hier ganz massive Widerstände von Seiten der ÖAR und von allen Behindertenorganisationen gesetzt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man diese Stimmen so ohneweiters übersehen wird können.

Es ist bereits erwähnt worden, daß wir auch im Bereich der Steuerreform einiges zu tun hatten, um nicht zu sagen, alle Hände voll zu tun hatten, um einerseits sicher zu stellen, daß auch behinderte Menschen, wie angeblich 95 % aller österreichischen Steuerzahler, von dieser Steuerreform - wie es so hochgelobt wurde - profitieren können. Wir haben leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir zu den restlichen 5 % zählen, nämlich zu jenen, die nicht davon profitieren und nicht nur das, wir haben nicht nur davon nicht profitiert, sondern es wurden auch klammheimlich, Bestimmungen in den Entwurf aufgenommen, die zu massiven Verschlechterungen insbesondere für behinderte Menschen geführt hätten. Hier hat wirklich die massive Intervention der ÖAR und aller in der ÖAR zusammengefaßten Behindertenorganisationen, zumindest in diesem Bereich dazu geführt, daß es zu diesen Verschlechterungen nicht gekommen ist.

Die immer wieder auftauchende Diskussion, das Pflegegeld an das Einkommen zu binden, will ich jetzt gar nicht näher kommentieren. Daß sich die ÖAR aus den verschiedensten Gründen dagegen ausspricht, ist kein Geheimnis. Ich gehe davon aus, daß diese Diskussion wieder sanft entschlafen wird. Sollte sie das nicht tun, dann werden wir

einiges dazu beitragen, daß sie wieder einschläft.

Wir haben leider Gottes auch einen Mißerfolg im Bereich des Hilfsmittelkataloges hinnehmen müssen, hier wird an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger auf diesem Weg noch einmal appelliert, daß es hier zu massiven Verschlechterungen im Rehabilitationsbereich vieler Menschen gekommen ist. Hier wurden wir auch nicht eingebunden, um irgendeine Stellungnahme abzugeben, als ob es sich um eine Angelegenheit handelt, die eine Behindertenorganisation ohnedies nichts angeht. Ich würde doch meinen, daß wenn man eine solche Maßnahme vor hat, es zumindest notwendig sein sollte, vorher mit der ÖAR Kontakt aufzunehmen. Bis dato haben unsere Interventionen, den Hilfsmittelkatalog an das ursprüngliche Niveau, bzw. an ein verbessertes Niveau anzupassen, nichts gebracht.

Ich könnte hier noch eine ganze Menge anderer reaktiver Aktivitäten aufzeigen, wir haben manchesmal innerhalb von 2 Tagen, auf solche Dinge reagieren müssen. Ich möchte Sie jedoch erstens nicht allzulange hier festhalten und Sie andererseits auch nicht des Vergnügens berauben, den so liebevoll und professionell gestalteten Tätigkeitsbericht in Anschluß an die Veranstaltung zu studieren.

Im Bereich des Ausbaues der Akzeptanz der ÖAR, als Interessensvertretung aller behinderter Menschen muß ich der Einschätzung von Herrn Abgeordneten Guggenberger recht geben, ich persönlich habe auch das Gefühl, daß die



ÖAR in dieser Hinsicht, an Akzeptanz gewonnen hat. Das war der Wunsch, auch schon der letzten Delegiertenversammlung. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß eine Dachorganisation, in der sich alle oder zumindest die meisten Behindertenorganisationen zusammengeschlossen haben, auch als Gesprächspartner akzeptiert wird und ich weiß, daß in vielen Ländern rund um uns herum, Österreich um die Konstruktion wie die der ÖAR beneidet wird. Sie würden so etwas gerne haben, wissen aber natürlich, daß so eine Entwicklung sehr, sehr lange dauert und sehr, sehr schwierig ist. Es hat auch bei uns sehr lange gedauert und in der heutigen Situation traut man sich im Ausland offenbar gar nicht mehr an ein solches Konzept heran, obwohl es gerade im Zuge eines allfälligen EU-Beitrittes von ganz besonders großer Bedeutung sein wird, daß hier mit einer Stimme gesprochen wird.

Es ist nicht nur ein Gefühl, daß die ÖAR hier einer verstärkten Akzeptanz zugeführt werden konnte, sondern es ist auch ersichtlich, aufgrund von bestimmten Gesetzen. Das Bundesbehindertengesetz habe ich in diesem Zusammenhang bereits erwähnt, auch die Beiräte, die nach der 52. ASVG-Novelle bei den Sozialversicherungsträgern einzurichten sind, der Beirat zur Pflegevorsorge, der Bundesbehindertenbeirat, überall ist die ÖAR ein, wie ich glaube, gesuchter und akzeptierter Gesprächspartner. Aber auch in vielen anderen Bereichen, die auf informeller Ebene laufen, und das ist manchmal mindestens genauso wichtig, wie jene, die auf einer formellen

Ebene ablaufen, wird die ÖAR in zunehmenden Maße als Gesprächspartner gesucht. In Finanzierungsfragen hat sich nun durch die Bundesbehindertengesetznovelle der Nebel zumindest insofern gelichtet, als wir nun davon ausgehen können, daß die ÖAR nicht an Finanzierungsnot eingehen wird. Aber in dem Maße, in dem eine Interessenvertretung von der Öffentlichkeit als solche akzeptiert und angenommen wird, in dem Maße werden natürlich auch die Aufgaben, die wir bisher zu bewältigen hatten, in Zukunft ansteigen, und hier wird wohl die öffentliche Hand in Zukunft noch gefordert sein, diese zukünftigen Aufgaben, die an die ÖAR herangetragen werden, finanziell entsprechend abzusichern.

Ich darf in diesem Zusammenhang meinen Dank auch an Herrn Sektionschef Dr. Gruber deponieren, der sich sehr darum bemüht hat, daß diese Behindertengesetznovelle über die Bühne gegangen ist. Ich weiß, daß das nicht leicht gewesen ist, weil gerade auch von Seiten des Finanzministeriums in einem solchen Zusammenhang immer das Argument kommt, da könnten ja alle daher kommen, das hat Beispielswirkung, das muß verhindert werden.

Nochmals Danke, Herr Sektionschef und ich möchte auch gleich einen Dank an Frau Ministerialrätin Dr. Arndorfer anschließen, die in einer Zeit, in der es noch keine gesetzliche Regelung für die Finanzierung der ÖAR gegeben hat, immer wieder im letzten Augenblick, kein Mensch weiß woher, es geschafft hat, Geld für die ÖAR aufzutreiben und sie am Leben zu erhalten.



Die innere Konsolidierung der ÖAR ist, nach meinem Dafürhalten, auch vorangeschritten, das Wir-Gefühl innerhalb der ÖAR hat sich wesentlich verstärkt und ich glaube, daß die Diskussion die wir im Rahmen der Umsetzung des Bundespflegegeldgesetzes immer wieder führen mußten, und geführt haben, sehr wesentlich dazu beigetragen hat. Ich erinnere nur, daß auch in dieser schwierigen Phase, es hat ja auch innere Probleme gegeben, bei der Umsetzung der Pflegevorsorge, die ÖAR bewiesen hat, daß sie auch nach innen, Konfliktlösungspotential besitzt. Es hat Diskussionen mit dem Blindenverband gegeben, der bestimmte Inhalte sicherlich zurecht moniert hat, es hat auch Diskussionen mit der Lebenshilfe gegeben. All diese schwierigen Diskussionen hat die ÖAR bewältigen können und ich glaube, daß die Bewältigung dieser Probleme die ÖAR und seine Mitgliedsorganisationen in diesen 3 Jahren zusammengeschweißt hat. Und das ist auch notwendig, denn wenn man nach innen nicht zusammenhält, kann auch die Außenwirkung nicht entsprechend funktionieren.

Im Informationsbereich hat sich die Zeitschrift "monat", das kann ich mit gutem Recht sagen, weil ich das von vielen Gesprächen weiß, als eine optimale Informationsquelle herausgebildet, unser Redakteur, Eduard Riha, hat sich wirklich bemüht, aus dieser Zeitung ein sozialpolitisches Medium zu machen und ganz wesentlich ist natürlich dabei, daß diese Zeitschrift monatlich erscheint, sodaß man immer wieder am aktuellsten Stand der Diskussion über

irgend ein Thema, das uns gerade beschäftigt, berichten kann.

Auch der Ausbau der Serviceleistungen ist vorangeschritten, sie alle haben bei der Anmeldung den Katalog über "Soziale Dienste in Österreich" vorgefunden. Das ist eine Serviceleistung an alle Mitgliedsorganisationen und ich darf in diesem Zusammenhang dem gesamten Sekretariat meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, denn das war wirklich eine enorme Arbeitsleistung. Ich persönlich bin an sich ein optimistischer Mensch, ich habe aber nicht gedacht, daß dies bis zum Delegiertentag noch zu schaffen sein wird.

Soviel in groben Zügen zum Tätigkeitsbericht. Ich glaube, wir haben doch einiges, das wir uns vorgenommen haben, in diesen 3 Jahren geschafft.

Nun aber zu den angekündigten Visionen, was man verspricht, muß man auch halten. Inhaltlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint mir die Tätigkeit der ÖAR in den nächsten Jahren bereits vorgezeichnet. Ich verweise hier nocheinmal auf das Bundesbehindertenkonzept. Das Bundesbehindertenkonzept ist, im Prinzip eine taugliche Grundlage dafür, was in den nächsten Jahren an Problemen umgesetzt werden muß. Wir müssen uns diesbezüglich nicht erst um die Akzeptanz der Bundesregierung bemühen, sondern wir können uns tatsächlich, geradezu sofort und augenblicklich, an die Umsetzung machen. Es wird nicht notwendig sein, zusätzlich noch eigene Konzepte zu entwickeln. Das Bundesbehindertenkonzept wird natürlich



im Detail noch von uns zu diskutieren sein, es ist in manchen Bereichen vielleicht zu oberflächlich, in manchen Bereichen wird es da und dort zu einer kleinen Kurskorrektur kommen, aber im Grundsatz ist dieses Bundesbehindertenkonzept ein taugliches Konzept für die Arbeit der nächsten Jahre. Ein wesentlicher Kritikpunkt, der im Bundesbehindertenkonzept vorhanden ist, bzw. nicht vorhanden ist, ist ein Zeitplan für die Umsetzung der dort angeführten Vorstellungen. Natürlich könnte man theoretisch sagen: die Bundesregierung steht zu ihrem Bundesbehindertenkonzept und sie steht auch im Jahr 2020 noch zu ihrem Bundesbehindertenkonzept, weil sich in der Zwischenzeit nichts ereignet hat. Daher scheint mir die Umsetzung des Bundesbehindertenkonzepts untrennbar mit dem bereits heute schon angesprochenen Antidiskriminierungsgesetz in Verbindung zu stehen. Wir benötigen in dem Zusammenhang keinen Zeitplan, wenn von der Verfassung her vorgegeben ist, daß diskriminierende Umstände vom Gesetzgeber zu beseitigen sind. Und daß der Gesetzgeber dann jene Dinge regeln wird, die im Bundesbehindertenkonzept bereits festgeschrieben sind, davon gehe ich selbstverständlich aus, wenn es nicht so sein sollte, werden wir uns selbstverständlich rühren.

Dieses Antidiskriminierungsgesetz wird in der ÖAR schon seit dem Jahr 1991 diskutiert, ich erinnere mich gut, wie mir Edi Riha die Übersetzung des amerikanischen ADA übergeben hat und es hat unmittelbar danach bereits eine heftige Diskussion wegen dieses Antidiskriminierungsgesetzes eingesetzt,

wobei relativ rasch klar gewesen ist, daß das amerikanische System nicht 1:1 in Österreich umsetzbar sein wird, weil die Verfassungssituation und die Verfassungsrechtsfrage in Österreich eine wesentlich andere ist. Die sogenannte unmittelbare Drittwirkung vom Verfassungsrecht, wie es in Amerika üblich und judiziert wird, entspricht weder der Verfassungsrechtstradition noch der Verfassungsrechtslage in Österreich. Das heißt aber nicht, daß wir ein solches Antidiskriminierungsgesetz nicht in unserer Verfassung unterbringen können. Es ist durchaus vorstellbar, und es gibt auch Beispiele dafür, daß Antidiskriminierungsbestimmungen insofern in die österreichische Verfassung aufgenommen werden können, als sie beim Gesetzgeber verpflichtend vorsehen, daß die diskriminierende Umstände durch aktives Handeln des Gesetzgebers beseitigt werden. Man hat sich dann nicht nur formal auf den Gleichheitsgrundsatz zurückzuziehen, denn Gleichheit oder Gleichbehandlung ist für behinderte Menschen manchmal sogar eher eine Bedrohung, denn ein wirklich förderndes Element, denn, daß behinderte Menschen auch spezielle Gesetze benötigen, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden, das brauche ich in diesem Kreis nicht besonders zu erwähnen. Ich gehe jedenfalls davon aus, daß ein Antidiskriminierungsgesetz im Zusammenhang mit dem Bundesbehindertenkonzept, das bereits vorliegt - diese beiden Dinge sind für mich eine untrennbare Einheit - die österreichische sozialpolitische Landschaft ziemlich radikal verändern wird. Deshalb teile ich auch die Einschätzung von Herrn Sektionschef Dr.



Gruber, daß dieses Gesetz sicherlich nicht morgen kommen wird, denn alle Politiker wissen, was ihnen hier blüht und daher weiß ich, daß viele diesem Vorhaben noch sehr reserviert gegenüber stehen. Es wird zu unseren wesentlichen Aufgaben in den nächsten 3 Jahren gehören, diese Widerstände zu beseitigen und den politischen Institutionen zu vermitteln, daß hier ein Verfassungsgesetz geschaffen wird, das es erst ermöglicht, in einer akzeptablen Form, die Vorstellungen die im Bundesbehindertenkonzept niedergeschrieben sind, auch zu verwirklichen.

Auch der Ausbau als Interessenvertretung wird, so hoffe ich, weiter voranschreiten, wir müssen weiterhin geschlossen an diesem Ausbau arbeiten und es ist dann letztendlich nicht so wichtig, ob wir eine gesetzlich verankerte Interessensvertretung im Sinne einer Kammer sind, oder nicht, wichtig ist, daß wir als Gesprächspartner akzeptiert sind, daß wir als Gesprächspartner gesucht werden und daß man ohne unsere Befassung mit Themen, die unseren Arbeitsbereich anbelangen, überhaupt keine gesetzlichen Regelungen mehr schaffen wird können. Wenn wir dahin kommen, und ich sehe gute Ansätze und gute Chancen, daß wir dorthin kommen werden, dann wird die Arbeit in der Zukunft wesentlich erleichtert sein.

Bezüglich der inneren Organisation der ÖAR, gehe ich davon aus, daß sowohl die Umsetzung, der von mir skizzierten Zielsetzungen, als auch die weitere Akzeptanz als Interessensvertretung, es notwendig macht, daß sich auch die

innere Struktur der ÖAR diesen neuen Herausforderungen anpaßt. Die Umsetzung und Gestaltung der Pflegevorsorge hat mit Sicherheit gezeigt, daß strategisches Denken und Handeln, innerhalb der ÖAR zum Erfolg führt. Und wir müssen versuchen, für dieses strategische Denken und Handeln auch eine Struktur innerhalb der ÖAR zu schaffen, damit dieses Denken im verstärkten Ausmaß auch in allen anderen Bereichen seinen Platz findet. Daher muß die Struktur der ÖAR insofern gestrafft werden, und das ist meine Ansicht, sie werden sicherlich dazu noch einiges zu sagen haben, damit sich die zeitliche Abfolge der Entscheidungsfindung innerhalb der ÖAR beschleunigt. Wir können nicht uns einem Ziel widmen wollen und brauchen dann selber 2 Jahre dazu, bis wir uns mühsam geeinigt haben, welche Zielsetzung wir letztendlich verfolgen sollen. Hier muß es schneller gehen, denn wir wollen alle die Umsetzung des Bundesbehindertenkonzepts und vieler anderen Dinge noch erleben.

Ich stelle mir persönlich vor, ich bin aber gerne bereit, auch über andere Varianten zu diskutieren, eine Art Gruppenprinzip innerhalb der ÖAR, daß heißt Organisationen mit ähnlicher Mitgliederstrukturen und ähnlichen Aufgabenbereichen, sollten eine Art Gruppe innerhalb der ÖAR bilden, in der sich die Willensbildung bereits im Vorfeld abspielt, sodaß man nicht innerhalb der ÖAR mit den einzelnen Gruppen und Untergruppen erst zu einem mühsamen Konsens finden muß. Diese Gruppen sollen dann ihre abgestimmte Meinung in die ÖAR hineintragen und dort, mit den anderen Gruppen, in denen sich ähnliche



Entwicklungen und Prozesse abgespielt haben, zu einem Konsens zu kommen. Diese Dinge sind abzuklären und auch Prioritäten festzulegen, welchen Aufgaben sich die ÖAR zu allererst und in nächster Zeit widmen soll.

Es hat ja die Vergangenheit deutlich gezeigt, daß es wesentlich ist, sich nicht gleichzeitig mit zu vielen verschiedenen Dingen zu beschäftigen, sondern daß man sich besser voll auf ein Thema konzentriert. Wenn allerdings der Konsens erzielt und Prioritäten gesetzt wurden, dann muß gemeinsam ein Umsetzungskonzept erstellt und an einer Umsetzungsstrategie gearbeitet werden. Wenn das vorliegt, und das kann in relativ kurzer Zeit passieren, dann müssen alle Mitgliedsorganisationen gemeinsam bei der Umsetzung dieses einen Zieles arbeiten. Das muß, sozusagen mit einem Schlag, in ganz Österreich zum Thema werden. In Vorarlberg muß darüber diskutiert werden, gleichzeitig in Wien und im Burgenland. Das muß eine zeitliche Abfolge bedingen, die die Entscheidungsprozesse, auch was die politische Ebene anbelangt, ganz radikal verkürzt. Denn heute ist es oft so, daß die ÖAR mühselig zu einem Konsens gekommen ist und bis das dann in alle Bundesländer hinausgedrungen ist, sind wieder 1 oder 2 Jahre vergangen, das ist wertvolle Zeit, die wir im Grunde genommen nicht haben.

Auch im Bereich der Reaktionen, die ja sehr, sehr rasch passieren sollen, müßte eine gewisse Aufgabenverteilung innerhalb der Mitgliedsorganisationen vonstatten gehen. Es gibt Organisationen, die bei bestimmten Themen einfach über ein ungeheuer,

großes know how verfügen, und dieses know how sollte bei bestimmten Themen in einem verstärkten Maße zur Bewältigung dieser kurzfristigen Problemstellungen herangezogen werden können. Ich glaube, daß wir in nächster Zeit mit einer solchen Diskussion beginnen müssen, weil sonst die Entscheidungsprozesse und Umsetzungsstrategien viel zu lange dauern.

Daß eine derartig umstrukturierte ÖAR natürlich auch eine Ausweitung des Sekretariats bringen wird, weil natürlich auch das Sekretariat wesentlich schneller agieren wird müssen, liegt auf der Hand, da die Aufgaben für das Sekretariat dann noch komplexer und schwieriger sein werden. Das Sekretariat muß natürlich steuernd und unterstützend einwirken können und dazu braucht man eben qualifiziertes Personal. Ich erwähne in diesem Zusammenhang noch einmal, daß es hier auch noch Gespräche mit dem Sozialministerium geben wird, denn so dankenswert es ist, daß wir jetzt eine Million Schilling zur Verfügung gestellt bekommen werden, ist für jeden einsichtig, daß wir allein mit dieser Million eine moderne Struktur der ÖAR nicht aufbauen werden können.

Zum Schluß kommend, möchte ich sagen, daß jetzt manche von Ihnen der Meinung sein werden, sehr visionär habe das nicht geklungen, was ich ihnen mitgeteilt habe, sondern eher wie eine Vorlesung über Technokratie. Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube davon ausgehen zu können, haben dieselben Visionen. Die Vision von einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft und meine Vision ist es, ein



wirksames Instrumentarium zu schaffen  
und diese, unser aller, Vision auch

umsetzen zu können. Danke.

## **Zur Tagesordnung:**

### **Berichte der Vorstandsmitglieder**

**Dr. Karl Dolezal, BBRZ Linz**

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Vorstandsmitglied und als Vertreter des Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum Linz darf ich Ihnen unsere Bemühungen zur Errichtung eines BBRZ in Wien berichten.

Das Projekt wurde ursprünglich von der Arbeitsmarktverwaltung bzw. dem Leiter des Landesarbeitsamtes Wien, Herrn Klaus Werner, initiiert und gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und denen des BBRZ-Linz bzw. dessen Außenstelle in Wien, durchgeführt. Das Projekt war gegliedert in eine Bedarfsanalyse bezüglich der Notwendigkeit von Maßnahmen der beruflichen Rehabilitationen im Großraum Wien, in die Strukturierung eines Leistungsangebotes für Problemlösung für den heranstehenden Personenkreis, weiters in Finanzierungsmodalitäten für die Führung des laufenden Betriebes, in die baulichen und ausstattungsmäßigen Voraussetzungen und die personellen Ressourcen.

Zuletzt wurde auch ein modellhaftes Verfahren zur Abwicklung von Rehabilitationsmaßnahmen von der Einleitung des Verfahrens bis zur Wiedereingliederung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt entwickelt.

Dieses Projekt hatte eine Laufzeit von knapp einem Jahr und wurde sowohl von

der Arbeitsmarktverwaltung als auch von der Stadt Wien getragen. Bei einem Investitionsvolumen von ca. 300 bis 330 Millionen Schilling sagte das Land Wien eine Beteiligung von einem Drittel zu. Das Sozialministerium sicherte eine Ausfinanzierung zu, bedauerlicherweise erfolgte ein definitiver Einspruch des Finanzministeriums. Auch eine schriftliche Absichtserklärung der Sozialversicherungsträger, eine derartige Einrichtung in Wien aufgrund vorhanden Bedarfes zu nutzen, konnte diese ablehnende Haltung des Finanzministeriums nicht ändern.

Diese Ablehnung ist umso bedauerlicher, als alle Rahmenbedingungen für eine derartige Einrichtung gegeben waren, das heißt, es gab ein entsprechendes Objekt, das behindertengerecht errichtet wurde, mit entsprechendem Parkraum und einer, wenn auch nicht übermäßig starken aber doch vorhandenen Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Abgesehen von der sicherlich begründeten Enttäuschung vom Projektbetreiber, dem Landesarbeitsamt Wien und dem Projektdurchführer, den Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsmarktverwaltung und des BBRZ, ist aber auf einen sehr bedenklichen Hintergrund dieses Entscheidungsprozesses hinzuweisen.



Das Finanzministerium hat auch anlässlich einer Finanzierungszusage von Minister Hesoun bei der Errichtung einer Geschützten Werkstätte im Raum Steyr die Meinung vertreten, daß mit Geschützten Werkstätten keine gute Erfahrung gemacht werde, - ebenso war das Finanzministerium der Meinung, daß berufliche Rehabilitation im Ausmaß von 600 Plätzen für den Großraum Wien und Umgebung mit einer Investitionstangente von ca. 330 Millionen Schilling doch etwas zu aufwendig sei.

Nach einer definitiven Zusage seitens des Sozialministers und einer schriftlichen Zusage seitens des Finanzreferenten der Stadt Wien, scheint aber nicht nur das vom Finanzministerium praktizierte Verfahren an sich bedenklich, sondern eher die Tatsache, daß für Förderungsinstrumentarien für behinderte Menschen keine oder sehr wenig Investitionsbereitschaft besteht und das Finanzministerium selbst in diesen Angelegenheiten sich zunehmend Fachkompetenz zuschreibt.

### **Josef L. Neudhart, club handikap**

Liebe Freunde, ich glaube es ist heute der richtige Tag, daß wir vom Club Handikap etwas sagen. Damit sage ich schon: den "Handikap" gibt es noch, auch wenn immer wieder gesagt wird, es gibt ihn nicht mehr. Er ist nicht aktiv, weil er nicht aktiv sein darf und zwar deshalb, weil Fahrtendienstfirmen gegen den Club Handikap den Konkursantrag gestellt haben und nicht deshalb, weil der Club Handikap in den Konkurs gegangen ist. Jetzt wäre die Frage zu stellen, wie ist so

Mit dieser Ablehnung könnte in Wien eine Gelegenheit versäumt werden, die sich in den nächsten Jahren kaum wieder in dieser Qualität ergeben wird. Die politische Wertigkeit der heute und hier vertretenen Personengruppe muß ganz offensichtlich wieder korrigiert werden, um derartige Entscheidungspraktiken und "Fachmeinungen" des Finanzministeriums künftighin zu verhindern.

Ich habe, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Bericht deswegen für notwendig gehalten, weil ich denke, daß es nicht nur darum geht, Einzelprojekte im Bereiche der Förderung von Arbeit und Bildung für behinderte Menschen zu diskutieren, sondern daß grundsatzpolitische Positionen im Sinne der Bewertung von unseren Zielsetzungen für die mit uns gemeinsam Arbeitenden zum Ausdruck gebracht werden.

Ich denke, wir sollten diese Entscheidungspraxis nicht einfach ohne politische Reaktionen hinnehmen.

etwas möglich? Viele von Ihnen haben in den letzten Monaten gefragt: Leo, hast Du Dich übernommen, hast Du zuviel begonnen, weil es ist ja in den Zeitungen gestanden, ihr habt ja nichts weggenommen. Diese Fragen sind natürlich berechtigt und ich verstehe sie alle und ich muß Ihnen sagen, wir haben uns nicht übernommen, wir haben nicht zuviel gemacht, weil für behinderte Menschen kann man nicht zuviel machen. Das ist einmal das Eine.



Das Zweite ist: Die Wahrheit werden wir gegen die Gemeinde Wien vor Gericht beweisen. Wir haben, nach unserer Auffassung, bis heute keinen einzigen Schilling widmungsfremd verwendet und es ist sehr traurig, daß die Stadt Wien nicht einmal der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation den Kontrollbericht zur

Verfügung gestellt hat. Ich glaube, das spricht Bände. Ich hoffe, daß die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation trotzdem versucht, diesen Bericht zu bekommen und auch über die kommenden Prozesse wacht. Ich weiß, wir werden gewinnen und werden in zwei Jahren wieder mitmachen. Danke schön.

### **Rita Donabauer, Dachverband der Gesellschaften und Vereine für psychische und soziale Gesundheit**

Ich bin Delegierte vom Dachverband der Gesellschaften und Vereine für psychische und soziale Gesundheit, früher Dachverband Pro Mente Infirmis und wir vertreten hier die Belange der psychisch behinderten und psychisch beeinträchtigten Menschen.

Es ist nicht unbedingt ein Bericht, den ich abgeben möchte. Ich möchte bemerken, daß wir uns innerhalb der ÖAR diskriminiert vorkamen, als wir das Programm der Tagung am 11. Mai 1994,

über Behinderung, Familie und Antidiskriminierung gesehen haben. Im Programm scheint eine psychische Behinderung und die daraus erwachsende Diskriminierung überhaupt nicht auf. Wenn die ÖAR sich als Vertreter aller Behindertengruppen ansieht, dann müßte meiner Meinung nach diese Behinderungsgruppe auch bei der Tagung vertreten sein. Ich möchte die psychisch Behinderten einfach in Erinnerung rufen. Danke.

### **Ruth Wonder, Verein Balance**

Mein Name ist Ruth Wonder, ich bin Geschäftsführerin vom Verein Balance und dieser ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 1000 Wohnplätze Wien. Das ist eine Vereinigung von 16 Trägervereinen, die sich zur Aufgabe gestellt haben, Wohnraum für behinderte Menschen zu schaffen. Es ist in den letzten Monaten wirklich ganz, ganz schwierig geworden, besonders im Bereich Wien. Die Trägervereine wurden darauf hingewiesen, daß es überhaupt keine Tagsatzerhöhung geben werde. Es ging bis zur verlangten

Qualitätsverminderung. Dank dem Einsatz der Lebenshilfe konnte das noch verhindert werden. Die Unterstützung war wirklich ganz toll, der Verein Balance bekommt die dringend notwendige Erhöhung.

Nur wir hören aber immer wieder, wir müssen sparen und d.h. Qualität zurücknehmen. Wenn ich heute höre, daß mir ein Beamter der Stadt Wien sagt, wenn wir heute in der Beschäftigungstherapie 7 schwerbehinderte Menschen in einer



Gruppe haben, wir sollen auf 14 erhöhen, da kann ich nur sagen, das ist Qualitätsverminderung.

Und jetzt komme ich zu dem, was ich eigentlich sagen wollte: Meine Bitte an die ÖAR, in der ÖAR eine Gruppe zu schaffen, der diese Trägerinstitutionen angehören, sodaß wir uns so faktisch an die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation anschließen und diese unsere Interessen, auch der Stadt Wien gegenüber, vertritt. Ich glaube wir brauchen das, denn ich habe den Eindruck, daß wir jetzt ein bißchen "einzelbehandelt" werden. Ich glaube, jeder bekommt ein bißchen ein Zuckerl,

so unter der Hand. Aber ich bin gegen solche Methoden, ich glaube, behinderte Menschen haben das Recht, bestens behandelt zu werden.

Eine zweite Sache möchte ich auch noch anführen, ich habe sie heute gehört. Ich schäme mich für Wien, daß ein schwerbehinderter Mensch aus Salzburg mit dem Zug anreist, in den Fahrtendienstbus einsteigt, hierher gebracht wird und dafür 540,-- Schilling bezahlen muß. Also bitte, das ist wirklich zuviel, das empfinde ich als Skandal. Ich glaube, das wäre z.B. auch eine Sache, die wir in diesem Gremium besprechen müssen. Ich danke.

### **Andreas Oechsner, DOMINO Verein für gehinderte Menschen**

Ja, Heinz Schneider sagte es bereits: Unser Verein ist relativ neu, wir gehören zu den progressiven, eher unbequemen Selbsthilfegruppen, bauen gerade ein Beratungszentrum für selbstbestimmtes Leben in Linz auf. Wir geben ab diesem Jahr regelmäßig ein Nachrichtenmagazin heraus, das österreichweit erscheint.

Der Grund warum wir der ÖAR beigetreten sind und weswegen ich auch hier spreche, ist: Wir sind in vielen Punkten auch unterschiedlicher Meinung, doch gerade daher ist es wichtig, mitsammen zu reden und zusammen zu arbeiten. Der Beitrag der Vertreterin von

Pro Mente Infirmis hat uns gezeigt: Wenn wir eine Tagung über das Antidiskriminierungsgesetz machen, müssen wir uns auch fragen, was heißt für uns Diskriminierung, wo diskriminieren wir uns gegenseitig. Nicht als Vorwurf, sondern als Bewußtseinsbildung, damit wir gemeinsam nach außen hin, gegenüber den anderen ganz klar Position beziehen können, und sagen: Das stellen wir uns unter einem Antidiskriminierungsgesetz vor und wir sind uns bewußt, daß wir auch in unseren eigenen Reihen diesbezüglich zu arbeiten anfangen müssen. Danke.



## Zur Tagesordnung:

Der **Bericht des Vorstandes** liegt schriftlich vor. Siehe: "**Tätigkeitsbericht 1991 bis 1993**" und wurde von Präsident Dr. Klaus Voget entsprechend ergänzt - siehe Referat "Retrospektive & Visionen".

**Bericht des Kassiers:** siehe Seite 40

**Bericht der Kontrolle:** siehe Seite 39

Der Obmann der **Kontrollkommission**, Herr WilliKlaus Benesch, bestätigt die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Gebahrung der ÖAR.

**Er stellt den Antrag, den Vorstand zu entlasten.**

Dieser Antrag wird **einstimmig angenommen**.

**Neuwahl des Vorstandes und der Kontrolle:**

Der Vorsitzende der **Mandatsprüfungskommission**, Dr. Heinz Trompisch, teilt mit:

Nach den derzeitigen Satzungen sind beim Delegiertentag insgesamt 205 Delegierte stimmberechtigt. Anwesend sind 128 stimmberechtigte Delegierte (Vollmachten für 13 Personen).

**Der Delegiertentag ist beschlußfähig.**

Auf Vorschlag der **Wahlkommission** wird Herr RegRat Rudolf **Nußbaum** einstimmig zum Wahlleiter bestellt. Er schlägt vor, sowohl die Wahl des Präsidenten als auch der übrigen Präsidiumsmitglieder nicht geheim, sondern durch Heben der Stimmkarten durchzuführen.

Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Es werden **zur Wahl vorgeschlagen:**

**Präsident:**

Dr. Klaus VOGET Österr. Zivilinvalidenverband

**Vizepräsidenten:**

Dkfm. Otto GEIECKER Rehabilitation  
International  
FI Klaus MARTINI Österr. Blindenverband  
Otto POHANKA Zentralorganisation der  
Kriegsopfer- und Behindertenverbände  
Ruth WONDER Balance

**Schriftführer:**

Dr. Heinz TROMPISCH Lebenshilfe  
Dr. Karl DOLEZAL BBRZ Linz

**Kassiere:**

Ingrid HORVATH Balance  
Dr. Werner PRIKLOPIL Behinderten-  
Förderungsverein Neusiedl am See

**Kontrolle:**

Willi-Klaus BENESCH Zentralorganisation der  
Kriegsopfer- und Behindertenverbände  
Dir. Dr. Günther WEINGESSEL Allgemeine  
Unfallversicherungsanstalt  
Karin FELDBAUER Österr. Blindenverband  
Dr. Gottfried FEURSTEIN Abg.z.NR  
Walter HLADSCHIK Zivilinvalidenverband  
Ruth ZÖBERER Caritas Zentrale

**Schiedsgericht:**

Rupert HUDL Zentralorganisation der  
Kriegsopfer- und Behindertenverbände  
Hans SCHNEEBERGER Zivilinvalidenverband  
Mag. Benno TAPLER Balance

**Vorstand:**

Nach den Satzungen, § 12 Abs. 1 lit. g) und h), ist jeder ordentliche Mitgliedsverband berechtigt, mindestens 1 und höchstens 3 Vorstandsmitglieder zu delegieren.

**Zum Wahlvorgang:**

Präsident: 1 Stimmenthaltung

Gegen den Vorschlag des Wahlleiters, über die restlichen zu wählenden Funktionen en bloc abzustimmen, wird Einspruch erhoben, daher erfolgt die Wahl getrennt nach einzelnen Positionen:

Vizepräsidenten: 7 Gegenstimmen  
7 Stimmenthaltungen

Schriftführer: 4 Gegenstimmen  
2 Stimmenthaltungen

Kassiere: 5 Gegenstimmen  
5 Stimmenthaltungen

Kontrolle: 6 Gegenstimmen  
3 Stimmenthaltungen

Schiedsgericht: 5 Gegenstimmen  
2 Stimmenthaltungen

**Damit ist der neue Vorstand der ÖAR gewählt.**

Laut § 7 Abs. 2 lit. a) der ÖAR-Satzungen haben die außerordentlichen Einzelmitglieder aus ihrer Mitte zwei Personen in den Vorstand zu wählen. Für die Funktionsperiode 1994 bis 1997 sind dies:



Ärztl.Direktor Dr. Karl SCHREI und Min.Rat Dr. Michael NEIDER

**Präsidium**  
**Vorstand**  
**Kontrolle**  
**Schiedsgericht**

**Präsident:**

Dr. Klaus VOGET  
 Österreichischer Zivilinvalidenverband

**Vizepräsidenten:**

Dkfm. Otto GEIECKER	Rehabilitation International
FI Klaus MARTINI	Österreichischer Blindenverband
Otto POHANKA	ZO der Kriegsopfer- und Behindertenverbände
Ruth WONDER	Balance

**Schriftführer:**

Dr. Karl DOLEZAL	Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentr. Linz
Dr. Heinz TROMPISCH	Lebenshilfe Österreich

**Kassiere:**

Dr. Werner PRIKLOPIL	Behinderten-Förderungsverein Neusiedl am See
Ingrid HORVATH	Balance

**Kooptiert:**

Dipl. Soz. Arb. Heinrich SCHMID	Ombudsmann
Amtsdir. Georg LEITINGER	ÖZIV, Bundesländer-Koordination

**Kontrolle:**

Willi-Klaus BENESCH (Vorsitzender)	ZO der Kriegsopfer- und Behindertenverbände
Karin FELDBAUER	Österreichischer Blindenverband
Dr. Gottfried FEURSTEIN	Abgeordneter zum Nationalrat
Walter HLADSCHIK	Österreichischer Zivilinvalidenverband
Dir. Mag. Dr. Günther WEINGESSEL	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
Ruth ZÖBERER	Caritas Zentrale

**Schiedsgericht:**

Mag. Benno TAPLER	Balance
Rupert HUDL	ZO der Kriegsopfer- und Behindertenverbände
Hans SCHNEEBERGER	Österreichischer Zivilinvalidenverband

**Vorstand:**

Alle Ordentlichen Mitgliedsorganisationen delegieren, je nach Anzahl ihrer Mitglieder, ein bis drei stimmberechtigte Beiräte in den Vorstand.

Die **Behindertensprecher** der politischen Parlamentsparteien, DSA Elisabeth **Müller**, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Dr. Günter **Schuster**, Landesinvalidenamts WNB und MinRat Dr. Johann **Unger**, BM für Arbeit und Soziales, werden zur Mitarbeit in den Vorstand kooptiert.

Vertreter der Einzelmitglieder sind der Ärztliche Direktor der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, Dr. Karl **Schrei** und MinRat Dr. Michael **Neider**, BM für Justiz.



## Bericht der Kontrollkommission

**Bericht der Kontrolle  
der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR)  
Dachverband der österreichischen Behindertenverbände  
für die Funktionsperiode 1991 bis 1993.**

Die Kontrolle der ÖAR hat unter Vorsitz des Obmannes der Kontrolle Willi-Klaus BENESCH bei mehreren Kontrollsitzungen die vorgelegten Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen der Jahre 1991 bis 1993 eingehenden Prüfungen unterzogen.

Es wurden die einzelnen Bilanzposten (AKTIVA und PASSIVA) an Hand der Einzelkonten der Buchhaltung und stichprobenweise der Belege sowie der vorhandenen Sparbücher und Bankkontoauszüge überprüft.

Die Beträge der Aufwendungen und Erträge in den Gewinn- und Verlustrechnungen wurden nicht nur hinsichtlich deren Richtigkeit geprüft, sondern auch einer kritischen Beurteilung bezüglich Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit unterzogen.

Des weiteren wurde der für die ÖAR für das Jahr 1994 vorgelegte Budgetvoranschlag auf Plausibilität der eingesetzten Einnahmen und Ausgaben auch einer kritischen Beurteilung unterzogen und für realistisch erstellt befunden.

Die von der Kontrolle während dieser Funktionsperiode gemachten Vorschläge und Anregungen wurden realisiert.

Es gab somit keinen Anlaß zu Beanstandungen und es ist festzustellen, daß die Geschäftsgebarung der ÖAR ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit für die Funktionsperiode von 1991 bis 1993 erfolgte, sodaß die Kontrolle den Antrag stellt, dem Vorstand der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation die Entlastung zu erteilen.

Willi-Klaus Benesch e.h.  
Obmann der Kontrolle

Wien, am 7. 3. 1994



## Kassabericht

### Gewinn- und Verlustrechnung 1991 bis 1993

<b>Aufwendungen</b>	<b>1991</b>	<b>1992</b>	<b>1993</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Aufwendungen Druck und Zeitschriften</b> "monat" - Druck, Porto, Layout, Anzeigenabgabe, ÖAR-Handbuch, Broschüren, Kopierkosten	777.529,56	912.963,05	1.010.787,93	2.701.280,54
<b>Aufwendungen Kongresse</b> Seminare, Symposien Fachveranstaltungen	46.069,20	37.987,11	9.351,70	93.408,01
<b>Personalaufwendungen</b> Gehälter, Gesetzl. Sozialaufwand, Dienstgeberbeitrag, U-Bahn-Abgabe, Abfertigungsrückstellung, Büroreinigung	2.247.195,11	2.105.811,79	2.190.487,40	6.543.494,30
<b>Abschreibungen</b> Betriebsausstattung, Geringwertige Wirtschaftsgüter, Abnutzung	42.052,00	103.559,84	56.603,17	202.215,01
<b>Betriebskosten</b> Strom, Gas, Miete, Instandhaltungen	127.052,40	218.173,78	173.760,28	518.986,46
<b>Verwaltungskosten</b> Porto, Telefon, Büroaufwand, EDV-Material, Reisekosten	342.002,52	304.142,46	825.537,50	1.471.682,48
<b>Finanzierungskosten</b> Bankspesen	3.570,50	4.718,41	6.113,05	14.401,96
<b>Steuern u. öffentliche Abgaben</b> Kapitalertragsteuer, Pflichtbeiträge, Sonstige Gebühren und Abgaben	9.433,22	17.986,74	33.134,19	60.554,15
<b>A.o. Aufwendungen</b>		1.252,00		1.252,00
<b>Ausgaben Aktion "Licht ins Dunkel"</b>	4.000.000,00	3.550.000,00	5.800.000,00	13.350.000,00
Jahresergebnis	395.976,54	687.495,29	227.287,72	1.310.759,55
<b>SUMME AUFWENDUNGEN</b>	<b>7.990.881,05</b>	<b>7.944.090,47</b>	<b>10.333.062,94</b>	<b>26.268.034,46</b>



## Kassabericht

### Gewinn- und Verlustrechnung 1991 bis 1993

<b>Erträge</b>	<b>1991</b>	<b>1992</b>	<b>1993</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Erlöse Zeitschriften</b> "monat" - Abonnements, Inserate, Presseförderung Handbuch, Steuerleitfaden	422.998,53	502.962,78	555.249,78	1.481.211,09
<b>Erträge Seminare, Kongresse</b> Teilnahmegebühren	44.000,00	99.377,31	69.190,95	212.568,26
<b>Förderungen für Dienstnehmer</b> Arbeitsplatzförderung Magistratsabteilung 12, Landesarbeitsamt, Aktion 8000	1.386.305,71	1.653.919,40	593.783,75	3.634.008,86
<b>Mitgliedsbeiträge, Zweckgebundene Subventionen und Spenden</b> Mitgliedsvereine und Einzelmitglieder, Allg. Unfallversicherungsanstalt, BM für Arbeit und Soziales, BM für öffentl. Wirtschaft und Verkehr	1.204.794,30	1.176.858,16	2.291.162,10	4.672.814,56
<b>Subventionen</b>				
Allg. Unfallversicherungsanstalt	320.000,00	320.000,00	340.000,00	980.000,00
PV der Angestellten	40.000,00	40.000,00	40.000,00	120.000,00
PV der Arbeiter	15.000,00	15.000,00	15.000,00	45.000,00
VA öffentl. Bediensteter	10.000,00	10.000,00	10.000,00	30.000,00
VA der österr. Eisenbahnen	15.000,00	15.000,00	15.000,00	45.000,00
VA des österr. Notariates	10.000,00	10.000,00	10.000,00	30.000,00
Amt der NÖ Landesregierung	15.000,00	10.000,00	10.000,00	35.000,00
Amt der OÖ Landesregierung	10.000,00	--	--	10.000,00
Amt der Tiroler Landesregierung	--	10.000,00	--	10.000,00
Amt der Bgld. Landesregierung	5.000,00	5.000,00	5.000,00	15.000,00
Bundesarbeitskammer	100.000,00	100.000,00	100.000,00	300.000,00
Österr. Gewerkschaftsbund	40.000,00	40.000,00	40.000,00	120.000,00
Gewerkschaft d. Post- u. Fernmeldebed.	10.000,00	5.000,00	10.000,00	25.000,00
Gewerkschaft der Privatangestellten	20.000,00	5.000,00	5.000,00	30.000,00
Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie	--	5.000,00	5.000,00	10.000,00
Gewerkschaft der Gemeindebediensteten	--	5.000,00	5.000,00	10.000,00
Gewerkschaft öffentlicher Dienst	20.000,00	20.000,00	20.000,00	60.000,00
Austria Tabakwerke AG	5.000,00	5.000,00	5.000,00	15.000,00
Erste Österr. Sparcasse	5.000,00	5.000,00	5.000,00	15.000,00
KELAG	1.000,00	1.000,00	1.000,00	3.000,00
Österr. Postsparkasse	--	5.000,00	5.000,00	10.000,00
Österr. Investitionskredit AG	2.000,00	--	--	2.000,00
Österr. Lotto Toto Gesellschaft	10.000,00	10.000,00	10.000,00	30.000,00
<b>Sonstige Erträge</b> Zinserträge, Diverse betriebliche Erträge	279.782,51	319.972,82	367.676,36	967.431,69
<b>Einnahmen Aktion "Licht ins Dunkel"</b>	4.000.000,00	3.550.000,00	5.800.000,00	13.350.000,00
<b>SUMME ERTRÄGE</b>	<b>7.990.881,05</b>	<b>7.944.090,47</b>	<b>10.333.062,94</b>	<b>26.268.034,46</b>



## Beschlußfassung über gestellte Anträge:

**Antrag 1:** Eingebracht von: Österreichischer Zivilinvalidenverband - Bundeszentrale

1. Anhebung der Steuerfreibeträge (§ 34 EStG) sowie sämtlicher Steuerfreipauschalen, die mit einer Behinderung im Zusammenhang stehen.  
Mindesterhöhung um die Inflationsrate.

**einstimmig angenommen**

2. Ausdehnung der Fahrpreisermäßigung auch auf Bundesbusse
3. Initiative zur Vereinheitlichung sämtlicher Rehabilitationsmaßnahmen
4. Einbeziehung der Freizeitunfälle in die gesetzliche Unfallversicherung.

**Die Punkte 2. bis 4. werden dem Vorstand zur weiteren Behandlung zugeteilt - 4 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen.**

5. Absetzbarkeit der Mitgliedsbeiträge von Behindertenorganisationen.

**einstimmig angenommen**

6. Aufnahme der bestehenden Behindertenorganisationen in die Liste des "Begünstigten Empfängerkreises für Zuwendungen im Sinne des § 4 Abs. 4 Z 5 lit. d oder e EStG 1988", die alljährlich herausgegeben wird.

**einstimmig angenommen**

7. Der ÖZIV ersucht, innerhalb der ÖAR ein beratendes Organ für die Belange der Schwerstbehinderten einzurichten.

**Aufgrund der vorgesehenen Umstrukturierung der ÖAR nach Behinderungsarten erscheint der Antrag obsolet und wird vorläufig zurückgezogen.**

8. Infolge der Übernahme von Teilagenden der berufsständischen Vertretungen (Kammern) entsprechende Kostenvergütungen von diesen zu erhalten.

**Mit 2 Stimmenthaltungen angenommen**

**Antrag 2:** Eingebracht von: Dachverband der Vereine für psychische und soziale Gesundheit gemeinsam mit HPE-Österreich, Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter

Der Delegiertentag der ÖAR unterstützt jene Resolution, wie sie am 25. März 1993 von den antragstellenden Institutionen beschlossen wurde, vollinhaltlich. (Siehe Seite 44)

*Der Delegiertentag appelliert an die Bundesminister für Gesundheit und Soziales, dafür Sorge zu tragen, daß den psychisch kranken Menschen in Österreich nicht länger der Rechtsanspruch auf eine ihren gesundheitlichen Bedürfnissen angemessene gesundheitliche und soziale Versorgung verwehrt bleibt. (Gemäß Grundsatz 8 der UNO-Resolution "Über den Schutz von psychisch Kranken und die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung")*

**einstimmig angenommen**



## Beschlußfassung über gestellte Anträge:

**Antrag 3:** Eingbracht von: Österreichische Gesellschaft für Muskelkranke

Um die Bezahlung des Mitgliedsbeitrages an die ÖAR gerechter zu gestalten, wird der Antrag gestellt, S 1,35 pro Vereinsmitglied als ÖAR-Beitrag einzuheben.

**mehrheitlich abgelehnt -**

**17 Pro-Stimmen, 9 Stimmenthaltungen**

**Antrag 4:** Eingbracht von: Österreichische Gesellschaft für Muskelkranke

Die ÖAR unterstützt die Resolution des Tiroler Sozialparlaments (siehe Seite 45) und wird sich gemeinsam mit den Mitgliedsvereinen für ein Antidiskriminierungsgesetz einsetzen.

**Mit 3 Stimmenthaltungen angenommen**

**Auf Vorschlag der Antragsprüfungskommission empfiehlt der Delegiertentag an den mit \*) bezeichneten Stellen redaktionelle Änderungen.** (siehe Seite 45)

**Antrag 5:** Eingbracht von: HPE-Österreich, Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter

Schaffung einer gemeinsamen Initiative der privaten Vereine, die sich direkt an die Regierung (den Ministerrat) wendet und die eine Änderung der restriktiven und unsozialen Politik zum Ziel haben soll.

**Erläuterung:**

Man mag zu dem Grundsatz "Mehr privat - weniger Staat" stehen wie man will: Aber der Grundsatz hat dort Grenzen, wo er zu Lasten der sozial Schwachen geht.

Es muß den verantwortlichen Politikern klar sein, daß auch private Initiativen (ohne die die soziale Versorgung zusammenbrechen würde) Geld kosten, das nicht allein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen eingebracht werden kann.

**einstimmig angenommen**

**Der Delegiertentag weist die weitere Behandlung dieses Antrags dem Vorstand zu**



## zu Antrag 2

### **Resolution**

Die Teilnehmer der vom "Dachverband der Gesellschaften und Vereine für psychische und soziale Gesundheit" gemeinsam mit der Angehörigenvereinigung "HPE-Österreich" am 25. März 1993 in Wien veranstalteten Podiumsdiskussion haben folgende Resolution beschlossen:

1. Trotz anfänglicher Erfolge der Psychiatriereform tragen die Angehörigen noch immer die Hauptlast der Versorgung ihrer psychisch kranken Familienmitglieder außerhalb der stationären Einrichtungen. Vor allem auf diesem Gebiet tritt die Psychiatriereform nunmehr seit Jahren auf der Stelle. Gerade die Betreuung psychisch Kranker durch gemeindenaher Einrichtungen und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft müßten jedoch nach den Erkenntnissen der modernen Sozialpsychiatrie das tragende Element der psychiatrischen Versorgung überhaupt sein.
2. Ohne die Schaffung von Einrichtungen - qualitativ und in ihrer Zahl den Notwendigkeiten entsprechend - bleibt trotz individueller Hilfen (Pflegevorsorge) die Hauptlast weiterhin auf den Angehörigen, und viele tausende psychisch Kranke ohne Familien sind nach der Entlassung aus einem Spital einem menschenunwürdigen Schicksal ausgeliefert.
3. Seit längerer Zeit liegen umfassende Arbeiten führender Fachleute vor, die die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer flächendeckenden Versorgung der psychisch Kranken im gemeindenahen Bereich darstellen. Ihre Verwirklichung scheitert daran, daß eine gesetzliche Verpflichtung für eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch Kranker nicht besteht. In den einzelnen Bundesländer sind die Einrichtungen höchst unterschiedlich und liegen im allgemeinen weit unter den Versorgungsbedürfnissen.
4. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in einer "Resolution über den Schutz von psychisch Kranken und die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung" vom 18. Februar 1992 eine Reihe von Grundsätzen festgelegt, denen Österreich jedoch in dem wesentlichen Bereich nicht Rechnung trägt. Dies trifft insbesondere auf Grundsatz 8 der UNO-Resolution zu, in dem es heißt: "Jeder Patient hat das Recht auf eine seinen gesundheitlichen Bedürfnissen angemessene gesundheitliche und soziale Versorgung ...". Genau dieser Rechtsanspruch aber wird in Österreich nach wie vor den psychisch Kranken verwehrt.

Die Teilnehmer an der heutigen Podiumsdiskussion fordern daher die Einlösung der auch für Österreich verpflichtenden Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Diese muß darin bestehen, daß dem psychisch Kranken durch eine "gesundheitliche und soziale Versorgung" nach den Erkenntnissen der Sozialpsychiatrie ein ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechendes Leben in der Gesellschaft gewährleistet wird.



## **Resolution für ein Gleichstellungsgesetz BUS und BAHN für ALLE**

Behinderte Menschen (z.B. mit Rollstuhl) können die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen. Deshalb verlangen wir, daß alle öffentlichen Verkehrsmittel (für Personennahverkehr und Personenfernverkehr) mit Hubplattformen \*) als Einstiegshilfe ausgerüstet werden. Die Kosten dieser zukünftigen Ausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel sollen über die erhöhte Mineralölsteuer abgedeckt werden \*).

Wir fordern auch eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, daß Diskriminierungen von behinderten Menschen nicht nur im Bereich Verkehr, sondern in allen Lebensbereichen - wie: öffentlicher Raum, Wohnen, Ausbildung, Arbeit - verhindert werden. Solche Regelungen zur Gleichstellung (Anti-Diskriminierung) müssen erreichen, daß behinderte Menschen aus keinem Lebensbereich ausgeschlossen und mit allen anderen gleichgestellt werden, sowie ihre (Menschen-) Rechte einklagen können.

Diese Resolution wird als Petition dem österreichischen Nationalrat übergeben werden.

### **Erläuterungen zur Resolution:**

Menschen mit Behinderungen sind täglich in vielen Lebensbereichen erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt. Sie werden nicht gleich geachtet, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert, in ihren Entscheidungen bevormundet, durch vielfältige Formen alltäglicher Gewalt (durch Institutionen aber auch durch einzelne Personen) diskriminiert. Es gibt bisher kein geeignetes rechtliches Instrumentarium, mit dem sich behinderte Menschen zur Wehr setzen können.

Deshalb verlangen wir ein Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetz bzw. die verfassungsrechtliche Gleichstellung behinderter Menschen in allen Lebenslagen. Wenn es um Menschenrechte und Gleichberechtigung geht, müssen behinderte Menschen ihre Rechte gerichtlich einfordern und durchsetzen können. Die amerikanische Behindertenbewegung hat 1990 ein solches Gesetz bereits erkämpft. Seither gibt es von behinderten Menschen in ganz Europa immer wieder Aktionen und Versuche, entsprechende gesetzliche Regelungen zu erreichen.

Was BUS und BAHN für ALLE betrifft, so ist damit der gesamte öffentlich finanzierte Personennah- und Personenfernverkehr wie z.B. städtische Busse, Bundes- und Postbusse, Schülertransporte, Linien im Schülerverkehr, Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahn, Bundesbahn usw. gemeint. Als Vorbild kann auf die amerikanischen Gesetze zur Antidiskriminierung verwiesen werden, die bewirkt haben, daß in den gesamten USA die Busse mit Hubplattformen ausgerüstet sind. Auch in Deutschland sind inzwischen schon viele hundert Niederflurbusse mit Einstiegshilfe (Hubplattform) im Einsatz.



### **Weitere Beispiele für Diskriminierungen:**

- \* Bauordnungen, die Stufen bei Fußgängerübergängen, vor Geschäften und öffentlichen Gebäuden (Schule, Post usw.) zulassen, sind eine Diskriminierung;
- \* wenn nicht genügend barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen gebaut und an behinderte Menschen vergeben werden und damit ein Zwang zu Heimeinweisungen erzeugt wird, so ist dies eine Diskriminierung;
- \* wenn Menschen aus Mangel an Pflegegeld und ambulanten Diensten nicht wählen können, zu Hause oder im Heim Assistenzdienste und pflegerische Hilfen zu bekommen, so ist das eine Diskriminierung;
- \* wenn Kinder für bildungsunfähig erklärt werden, so ist dies eine Diskriminierung;
- \* wenn behinderte Kinder in Kindergarten und Schule nicht integriert werden, weil sich die Kindergärten und Schulen nicht entsprechend organisieren, so ist dies eine Diskriminierung;
- \* wenn sich Ämter, öffentliche und private Betriebe von der Pflicht, behinderte Menschen anzustellen, freikaufen können und behinderte Menschen schlechter bezahlt werden als nichtbehinderte, so ist dies eine Diskriminierung;
- \* wenn behinderte Menschen ohne ihre Zustimmung sterilisiert werden, so ist dies eine Diskriminierung.



### ***Schlußworte des neugewählten Präsidenten, Dr. Klaus Voget***

Ich möchte mich dafür bedanken, daß ich und auch der gesamte Vorstand mit einer so überwältigen Zustimmung wiedergewählt wurden und fasse das so auf, daß wir in der abgelaufenen Funktionsperiode eine Arbeit geleistet haben, mit der Sie insgesamt zufrieden gewesen sind.

Ich fasse es nicht so auf, daß der Vorstand und ich es immer jedem recht gemacht haben, weil: es immer jedem recht zu machen, heißt letztendlich, überhaupt nichts zu tun. Wir müssen in der Diskussion manchmal auch konfrontativ sein. Wir haben das auch getan, aber wir haben unsere Konflikte innerhalb der ÖAR auch bereinigen können und auf das bin ich eigentlich sehr stolz, denn eine so ambivalent zusammengesetzte Gruppe wie die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation immer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen - das muß nicht immer der kleinste gemeinsame Nenner sein - sondern auf einen Nenner, der insgesamt in der Behindertenpolitik etwas voran bringt, das ist eine ganz, ganz wichtige Aufgabe und die scheint uns, im Vorstand und im Präsidium doch recht gut gelungen zu sein.

Ich bitte Sie, in dieser konstruktiven Art und Weise mit mir und mit dem gesamten Vorstand auch in der Zukunft weiterhin zu arbeiten. Ich bitte Sie aber auch, dieses großartige Ergebnis nicht insoferne mißzuverstehen, als daß man jetzt keine Kritik mehr anbringen dürfte.

Wir alle waren immer sehr froh, wenn Kritik gekommen ist - und ich höre auch schon, daß damit nicht aufgehört wird. Kritik hat für mich nichts Negatives, sondern immer etwas Konstruktives, weil Kritik eigene Fehler, eigene Gedanken, die man vielleicht nicht zu Ende gedacht hat, zu korrigieren hilft.

In diesem Sinne möchte ich die Arbeit auch in der Zukunft verstanden wissen. Wir haben in Zukunft viel zu tun, wir werden auch in den nächsten drei Jahren längst nicht alles erreichen können, was wir eigentlich erreichen sollten, aber ich hoffe und gehe davon aus, daß wir in drei Jahren wiederum einige Schritte weiter hin zu einer Gesellschaft kommen können, in der behinderte Menschen dem Begriff der Integration um einiges näher gekommen sind.

Ich hoffe, daß Sie mir dabei weiterhin beistehen werden.



## Die ÖAR und ihre MITGLIEDSORGANISATIONEN

**ÖSTERREICHISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION (ÖAR), Dachverband der österreichischen Behindertenverbände**  
Brigittenufer Lände 42 0222/332 61 01  
1200 Wien Fax: /330 93 14

**BALANCE, Verein für chancengleiche Ausbildung und Integration Körperbehinderter**  
Hochheimgasse 1 0222/804 87 33-0  
1130 Wien Fax: /804 87 33-6006

**BANDGESELLSCHAFT, Zentrale**  
Thaliastraße 68/3/6 0222/46 26 61-0  
1160 Wien Fax: /46 26 61-15

**BEHINDERTEN-FÖRDERUNGSVEREIN NEUSIEDL AM SEE**  
Mexikosiedlung 4 02167/2369  
7001 Neusiedl/See Fax: /2360-19

**CLUB HANDIKAP**  
Wattgasse 96-98  
1170 Wien 0222/46 71 045

**CLUB 81**  
**Club für Behinderte und Nichtbehinderte St. Pölten**  
Wernersdorf 17  
3100 St. Pölten 02742/65 5 77

**DACHVERBAND DER VEREINE UND GESELLSCHAFTEN FÜR PSYCHISCHE UND SOZIALE GESUNDHEIT**  
Figulystraße 32/III 0732/656 103  
4020 Linz Fax: /651 321

**DEKA Arbeitsgemeinschaft Behinderter und Student**  
c/o Dipl.Ing.Michael Schultes 0222/42 61 23  
Garnisongasse 11, 1090 Wien Fax: /42 42 32

**DOMINO - Verein für gehinderte Menschen**  
Mozartstraße 11  
4020 Linz 0732/77 55 75 (auch Fax)

**EIN PROZENT FÜR BEHINDERTE KINDER UND JUGENDLICHE**  
Alberstraße 8 0316/37 9 36-0  
8010 Graz Fax: /37 9 36-21

**ELTERNSELBSTHILFE FÜR SEHGESCHÄDIGTE KINDER ÖSTERREICHS**  
Fasangartensiedlung 15  
1130 Wien 0222/83 12 10 (auch Fax)

**FÖRDERVEREIN ODILIEN-INSTITUT**  
Leonhardstraße 130 0316/32 667-50  
8010 Graz Fax: /-16

**GESELLSCHAFT NIERENTRANSPLANTierter UND DIALYSEPATIENTEN ÖSTERREICHS**  
Neulerchenfelderstraße 10/1/3/17  
1160 Wien 0222/408 38 18 (auch Fax)

**GESELLSCHAFT ZUR BEFÜRSORGUNG GEHÖRLOSER IN WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND**  
Maygasse 25 0222/804 63 64  
1130 Wien Fax: /713 85 72

**HPE ÖSTERREICH**  
**Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter**  
Westbahnstraße 1b 0222/526 42 02  
1070 Wien Fax: /526 78 54

**HSM - VEREINIGUNG "HILF SELBST MIT"**  
Herzgasse 108/6/2 0222/604 23 45  
1100 Wien 02233/28 00

**LANDESVERBAND DER WIENER BEHINDERTENVERBÄNDE (LVWB)**  
c/o KOBV, Langegasse 53, 1080 Wien 0222/43 15 86

**LEBENSHILFE ÖSTERREICH, Dachverband für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung**  
Schönbrunner Straße 179 0222/812 26 42-0  
1120 Wien Fax: /812 26 42-85

**LEBENSWERTES LEBEN, Behindertendorf Altenhof**  
Hueb Nr. 10 07735/66 31-0  
4674 Altenhof/Hausruck Fax: /-300

**MUSISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT**  
Buchengasse 170 0222/64 50 194  
1100 Wien 62 98 063

**ÖSTERREICHISCHE AUTISTENHILFE**  
Eßlinggasse 13/3/11, 1010 Wien 0222/533 96 66

**ÖSTERREICHISCHE BLINDENWOHLFAHRT**  
Baumgartenstraße 69 0222/94 83 52  
1140 Wien Fax: /94 56 12-302

**ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR MUSKELKRANKE**  
Währinger Gürtel 18-20 0222/40 400-3112  
1090 Wien Fax: /-3141

**ÖSTERREICHISCHE HÄMOPHILIE-GESELLSCHAFT**  
Obere Augartenstr. 26-28, 1020 Wien 0222/330 32 57

**ÖSTERREICHISCHE MULTIPLE-SKLEROSE-GESELLSCHAFT, Neurolog. Univ. Klinik**  
Währinger Gürtel 18-20 0222/40 400-3121  
1090 Wien Fax: /-3141

**ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FREIER BILDUNGSSTÄTTEN AUF ANTHROPOLOGISCHER GRUNDLAGE**  
(Arbeitskreis für Heilpädagogik und Sozialtherapie)  
Endresstraße 99a, 1238 Wien 0222/88 13 20

**ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG MORBUS BECHTEREW**  
Obere Donaustraße 26-28 0222/33 22 810  
1020 Wien Fax: /-4

**ÖSTERREICHISCHER BLINDENVERBAND**  
**Zentralsekretariat**  
Hägelinggasse 4-6 0222/982 75 84  
1140 Wien Fax: /-14

**ÖSTERREICHISCHER BUND FÜR SCHWERHÖRIGE, SPÄTERTAUBTE, TINNITUSBETROFFENE UND SPRACHBEHINDERTE**  
Radegunderstraße 10 0316/67 13 27  
8045 Graz-Andritz Fax: /68 10 93  
Schreibtelefon: /67 13 28

**ÖSTERREICHISCHER GEHÖRLOSENBUND**  
**Generalsekretariat**  
Auf der Halde 9 0732/277 619  
4060 Linz-Leonding Fax: /275 804

**ÖSTERREICHISCHER VERBAND FÜR SPASTIKEREINGLIEDERUNG**  
Kirchstetterngasse 30, 1160 Wien 0222/493 19 60  
**BE-GRUPPEN**  
Benedikt Schellinger-Gasse 10/19  
1150 Wien 0222/982 75 98

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND**  
**Bundeszentrale**  
Brigittenufer Lände 42  
1200 Wien 0222/330 61 89 (auch Fax)

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND Landesgruppe Kärnten**  
Bahnhofplatz 9, 9500 Villach 04242/23 2 94 (auch Fax)

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND Landesverband Oberösterreich**  
Wiener Straße 266, 4020 Linz 0732/41 1 46

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND Landesverband Steiermark**  
Opernring 7, 8010 Graz 0316/82 33 46 (auch Fax)

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND Landesverband Tirol**  
Anichstraße 24/4. Stk. 0512/57 19 83  
6020 Innsbruck Fax: /58 85 16

**ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND Landesgruppe Vorarlberg** 05574/45 5 79  
Bahnhofstraße 39/P, 6900 Bregenz Fax: /47 0 90

**ÖSTERREICHISCHES HILFSWERK FÜR TAUBLINDE UND HOCHGRADIG HÖR- UND SEHBEHINDERTE**  
Humboldtplatz 7 0222/602 08 12, Fax: /-17  
1100 Wien Schreibtelefon: /602 10 65



**ÖSTERREICHISCHES RETINITIS PIGMENTOSA  
FORSCHUNGSPROJEKT (ÖRPF)**

Sellenygasse 2-4/17  
1020 Wien 0222/218 92 94

**THERAPIEZENTRUM FÜR HALBSEITIG GELÄHMTE  
Gemeinnütziger Verein**

Breitenfurter Straße 401-413/33/2  
1235 Wien 0222/88 73 20

**VERBAND ALLER KÖRPERBEHINDERTEN ÖSTERREICHS**

Lützowgasse 24-26, 1140 Wien 0222/94 55 62

**VERBAND DER QUERSCHNITTGELÄHMTE  
ÖSTERREICHS, 8010 Graz, Sekretariat:**

Sahulkastraße 3/Stg. 9/R10  
1100 Wien 0222/616 86 78 (auch Fax)

**VEREIN "AKTION MOBIL"**

Laxenburgerstraße 90a 0222/62 63 93  
1100 Wien Fax: /602 12 79

**VEREIN FÜR SACHWALTERSCHAFT  
UND PATIENTENANWALTSCHAFT**

**Generalsekretariat**  
Stättermayergasse 28-30, PF 91 0222/982 58 68  
1152 Wien Fax: /-30

**VEREIN "MOBILER HILFSDIENST" SALZBURG**  
Griesgasse 2/2/217, 5020 Salzburg 0662/84 93 12

**VEREINIGUNG ZUGUNSTEN KÖRPERBEHINDERTER  
KINDER UND JUGENDLICHER**

Märzstraße 122 0222/982 61 54  
1152 Wien Fax: 982 18 88

**ZENTRALORGANISATION DER KRIEGSOPFER-  
UND BEHINDERTENVERBÄNDE ÖSTERREICHS**

Langegasse 53 0222/43 15 80  
1080 Wien Fax: /43 15 80-54

**ÖAR AUSSERORDENTLICHE  
MITGLIEDSORGANISATIONEN**

**BBRZ - BERUFLICHES BILDUNGS- UND  
REHABILITATIONSZENTRUM LINZ**

Grillparzerstraße 500732/66 22-0  
4020 Linz Fax: /-215

**CARITASZENTRALE ÖSTERREICHS**

Nibelungengasse 1/4/3 0222/587 15 77-0  
1010 Wien Fax: /587 15 77-13

**DIAKONISCHES WERK FÜR ÖSTERREICH  
Fachgruppe evang. Behindertenhilfe**

Steinergasse 3 0222/42 62 95  
1170 Wien Fax: /-73

**GRETE REHOR - HILFSFONDS FÜR BEHINDERTE  
JUNGE MENSCHEN**

p.A. Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB  
Hohenstaufengasse 12 0222/53 444-254  
1011 Wien Fax: /-499

**INSTITUT FÜR SOZIALDIENSTE**

Schedlerstraße 10 05574/45 1 87-0  
6900 Bregenz Fax: /-21

**INSTITUT FÜR SOZIALES DESIGN**

Grenzackerg. 7-11/Stg. 19  
1100 Wien 0222/603 07 72 (auch Fax)

**PRO MENTE INFIRMIS Wien**

c/o Fr. Elisabeth Muschik  
PKH - Gebäude B1 0222/94 90 60-24 72  
Baumgarner Höhe 1, 1140 Wien (Mo - Fr, 9 - 13 Uhr)

**ÖSTERREICHISCHES HILFSWERK**

**Bundesgeschäftsstelle**

Kolingasse 11/4 0222/319 23 37  
1090 Wien Fax: /319 39 96

**SERAPHISCHES LIEBESWERK -  
FRANZISKANISCHE CARITAS**

Mailsweg 2 05234/82 77

6094 Axams Fax: /89 79

**SOZIALES HILFSWERK**

Falkestraße 3 0222/512 36 61

1010 Wien Fax: /-33

**VOLKSHILFE ÖSTERREICH**

Auerspergstraße 4 0222/402 62 09

1010 Wien Fax: /408 58 01

**WERKSTÄTTEN-ZENTRUM GmbH**

Tannhäuserplatz 2 0222/985 91 66 bis 68

1150 Wien Fax: /985 91 66-55

**ÖAR - FÖRDERNDE  
MITGLIEDSORGANISATIONEN**

**ALLGEMEINE UNFALLVERSICHERUNGSANSTALT**

Adalbert Stifter Straße 65 0222/33 111-0  
1200 Wien Fax: /33 111-448

**GEWERKSCHAFT**

**DER POST- UND FERNMELDEBEDIENTETEN**

Biberstraße 5  
Postfach 343, 1011 Wien 0222/512 55 11

**VERSICHERUNGSANSTALT  
DER ÖSTERREICHISCHEN EISENBAHNEN**

Linke Wienzeile 48-52 0222/588 48-0  
Postfach 86, 1061 Wien Fax: /-332

**VERSICHERUNGSANSTALT  
DES ÖSTERREICHISCHEN NOTARIATES**

Florianigasse 2 0222/42 12 81  
1080 Wien 43 44 01